

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Norman Ehrentreich	Ist nur die Arbeit zu teuer?	3
Carl Ibs	Wirtschaftswachstum – falsche Zielsetzung einer überholten Wirtschaftstheorie	6
Dirk Löhr	Urmonopole, intertemporale soziale Kosten und nachhaltiges Wirtschaften	13
	Bücher – Berichte – Mitteilungen – Veranstaltungshinweise	28

34. Jahrgang

113. Folge

Juli 1997

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke Verlag GmbH

Abt. Fachverlag für Sozialökonomie
Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg
Telefon 0 43 81-7012
Telefax 0 43 81-7012

Bezugspreis:

Jahresabonnement DM 28,00 incl. MWSt. und Porto (Schüler, Auszubildende, Studenten und Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis DM 18,00 incl. MWSt. und Porto); *Zahlungen stets nach Erhalt der Rechnung!*
Einzelheft: DM 8,50

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken

— verantwortlich —
Steenkamp 7, D-26316 Varel 2
Telefon 0 44 51-8 57 14
Telefax 0 44 51-8 57 14

Redaktionsschluß:

Ende des Quartals für die im folgenden Quartal erscheinende Ausgabe
Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.
Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.
Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für unverlangte Manuskriptensendungen wird keine Haftung übernommen.

© Copyright by Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., Hamburg, Printed in Germany



Deutsche
Fachpresse

„Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“

1. Vorsitzender: Klaus Wulsten
2. Vorsitzender: Helmut Creutz

Geschäftsstelle:

c/o Rechtsanwalt Klaus Wulsten
Albrechtstr. 127, D-12165 Berlin
Tel.: 030-792 11 97, Fax: 030-793 20 89

Die „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ wurde 1973 als „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit“ gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet:

„Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen.“

„Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.“

1. Vorsitzender und Geschäftsführer: Ekkehard Lindner
2. Vorsitzender: Dr. Dirk Löhr

Geschäftsstelle:

Postfach 1550, D-37145 Northeim
Tel.: 0 55 03-32 05 (19-22 Uhr)

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch Ideologien und mächtige Gruppeninteressen fehlgeleitet. Die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ hat sich deshalb das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten.

Die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen,
- der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung des Einzelnen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Mitwelt,
- der Völkerverständigung,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.

Liebe Leserin und lieber Leser,

zu Beginn dieses Jahres gab es in der „Zeit“ (Nr. 4-6/1997) eine heiße Debatte über Gefahren für die westliche „offene Gesellschaft“. Angestoßen wurde sie von dem berühmten Finanzjongleur Georges Soros, der einmal innerhalb von nur einer Nacht durch geschickte Spekulationen 2 Mrd. Dollar ‚verdient‘ hat und dem sein eigenes Handeln offenbar nicht ganz geheuer ist. In Anbetracht der Instabilität der internationalen Finanzmärkte stellte Soros die bemerkenswerte These auf, daß seit der Wende in Mittel- und Osteuropa „nicht mehr der Kommunismus der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist, sondern die kapitalistische Bedrohung“. Mit übertriebenem Individualismus, mit der unbeschränkten Verfolgung von Einzelinteressen und unerträglichen Ungerechtigkeiten untergrabe der Westen seine eigenen Fundamente. Die offene Gesellschaft werde nun von innen dadurch bedroht, daß ihr gemeinsame Werte und Institutionen fehlen, welche ihren inneren Zusammenhang gewährleisten könnten. Ohne sie näher zu definieren, wünschte Soros eine „Mittelposition“, in der die Rechte des Individuums gesichert sind, aber wo es auch gemeinsame Werte gibt“.

Von einer „kapitalistischen Bedrohung“ zu sprechen, das ist natürlich ein Stich ins Wespennest der sog. ‚neoliberalen‘ Laissez-faire-Ideologie. Stellvertretend für ihre Protagonisten fiel denn auch der Kölner Wirtschaftswissenschaftler Prof. Carl Christian von Weizsäcker wütend über Soros her. Auf Reizworte wie Gerechtigkeit und Umverteilung vermochte er nicht anders zu reagieren als mit hämischen Bemerkungen über den „konkursreifen Wohlfahrtsstaat“ und einer Verteidigung des „wohlverstandenen Prinzips des Laissez-faire“. Wenn man – ohne direkten Bezug zu dieser Kontroverse in der „Zeit“ – auch noch die gegenüberliegende Seite des Meinungsspektrums in Betracht nimmt und den unverkennbar demagogischen Titel eines neuen Buches von Prof. Herbert Schui liest („Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte“, Mün-

chen 1997), dann ist die Konfusion des ökonomischen Denkens wirklich perfekt.

Der peruanische Dichter Mario Vargas Llosa, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, konnte in seinem Schlußwort diese Konfusion auch nicht beheben. Aufgrund schlechter Erfahrungen mit der Realisierung sozialistischer Ideale in der Dritten Welt plädierte er für Marktwirtschaft und Demokratie. Auch er suchte wie vor ihm Soros jene „Mittelposition“, ohne ihr wirklich näher zu kommen. Sozialdarwinistisches Laissez-faire kann ebenso wenig eine Lösung für sozialökonomische Strukturprobleme sein wie staatsinterventionistisches Umverteilen. Soros, von Weizsäcker, Schui, Llosa irren wie die Öffentlichkeit insgesamt in dem Labyrinth aus ‚wildem‘ Kapitalismus und ungeeigneten staatsinterventionistischen Bändigungsversuchen umher, und in ihrem Denken spiegelt sich die Unordnung der Welt wider. Mario Vargas Llosa nannte schließlich den „Kult des Erfolgs“, m.a.W. die Jagd nach Rendite, das eigentliche „Problem, für das noch niemand eine Lösung gefunden hat“. Offene Gesellschaft und Kapitalismus seien wohl untrennbar. Stimmt das wirklich? Nach unserer Ansicht bedarf die offene Gesellschaft zu ihrem Schutz vor kapitalistischen und totalitären Bedrohungen einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus mit einer Boden- und Geldordnung, die für eine gerechtere Primärverteilung von Einkommen und Vermögen sorgt und die die Finanzmärkte wieder an die Realwirtschaft ankoppelt. Über eine solche „Mittelposition“ haben wir in dieser Zeitschrift schon viele Gedanken vorgestellt und wollen diese Bemühungen in diesem Heft im Hinblick auf eine immer dringender werdende Lösung der Wachstumsproblematik fortsetzen.

Ihr Werner Onken

PS: Wer wissen möchte, was ‚Neoliberalismus‘ ursprünglich bedeutete und wie er für Zwecke kapitalistischer Interessenpolitik entstellt und mißbraucht wurde, sollte sich einmal die Werke von Walter Eucken ansehen.

Für ein Umdenken in der Energiepolitik

„Die Geschichte der Menschheitsentwicklung war nicht zufällig immer eine der jeweiligen Möglichkeiten der Energieversorgung ... Der Menschheit droht insgesamt ein Niedergang, weil die Energieversorgung des 20. Jahrhunderts umfassende destruktive Folgen hat – der Verbrauch von Öl, Kohle, Erdgas, Kernkraft und ein selbstzerstörerischer Energieraubbau der Entwicklungsländer mit ihrer Vegetation. Das alles hat zum Blutkrebs des gesellschaftlichen Organismus geführt, der in immer mehr Organteilen und Gliedmaßen wuchert und diese systematisch zerfrißt. Das Energiesyndrom wird zum Menschheitssyndrom ...

Das Ziel im vor uns liegenden Jahrhundert muß das vollständige Ersetzen der herkömmlichen Energiequellen durch die stets aktuelle Sonnenenergie sein – also eine vollständige solare Energieversorgung der Menschheit ... Erst mit einem globalen solaren Energiesystem ist eine ökologische Ökonomie möglich, eine Humanisierung der industriellen Revolution und ihre Übertragbarkeit auf alle Menschen ...

Es besteht kein Zweifel, daß die Sonnenenergie der Menschheit weit mehr Energiepotential bereitstellt, als sie je verbrauchen

kann – unerschöpfbar und für alle Tätigkeiten aller Menschen, einschließlich der industriellen Aktivitäten, zu nutzen. 150 Millionen Kilometer von der Erde entfernt, strahlt die Sonne unaufhörlich lediglich einen Bruchteil ihrer Energie auf die Erde. In einer Viertelstunde bietet sie mehr Energie an, als die Menschheit im gesamten Jahr verbraucht. Nicht alles davon ist für die Menschen direkt oder indirekt nutzbar. Aber an nutzbarem Potential verbleibt immer noch mehr als tausendmal mehr Energie als der jährliche Energieverbrauch der Menschheit ...

Es ist nicht zu verantworten, den Zeitpunkt einer Masseneinführung von Sonnenenergie-Technologien davon bestimmen zu lassen, wann dieser mit der Einführungsbereitschaft der dominierenden Träger der Energiewirtschaft übereinstimmt. Den Strukturwandel im Energiesektor im ‚Konsens‘ vollziehen zu wollen, bedeutet einen immer schmerzhafter werdenden Aufschub ... Die ökologische, soziale und wirtschaftliche Weltlage erlaubt keinen weiteren Aufschub für eine Sonnenstrategie. Das Ziel, allein auf Sonnenenergie eine Energieversorgung aufzubauen, muß die vorrangigste Priorität haben.“

*Dr. Hermann Scheer (MdB und Präsident der EURO-SOLAR),
Sonnens-Strategie – Politik ohne Alternative.
München 1995, S. 15-19, 109, 183 und 213.*

Ist nur die Arbeit zu teuer?*

Bei der Diskussion über die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit lassen sich grob zwei Ansätze unterscheiden: Der neoklassisch-angebotsorientierten These, daß die Arbeit zu teuer sei, steht die etwas aus der Mode gekommene, gleichwohl aber noch oft geäußerte keynesianisch-nachfrageorientierte Anschauung gegenüber, daß man nur die Löhne erhöhen müsse, um die Massenkaukraft zu stärken. Die erhöhte effektive Nachfrage würde die Unternehmer veranlassen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich will in meinem Vortrag versuchen, vom keynesianischen Ausgangspunkt der unzureichenden effektiven Nachfrage aus die Kosten- und die Lohnseite der Unternehmen zu integrieren, allerdings nicht – wie gemeinhin üblich – unter Betonung der Lohnkosten, sondern unter Berücksichtigung der Kapitalkosten.

Jahr	Kapitalkoeffizient*	Kapitalintensität** (in 1000 DM)
1970	2,3	120,0
1980	2,6	176,2
1990	2,7	216,6
1992	2,8	223,3
1993	2,8	233,0

Tab. 1: Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität alte Bundesländer, Quelle: IW Köln (1994)

*) Verhältnis Kapitalstock zu Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991

**) Verhältnis Kapitalstock je Erwerbstätigen zu Wiederbeschaffungspreisen

Nach den Lohnkosten stellen die Kapitalkosten gesamtwirtschaftlich den nächstgrößeren Kostenfaktor dar. Kapital als Produktionsfaktor hat permanent an Bedeutung gewonnen. In den letzten 30 Jahren hat sich z. B. die Kapitalintensität – d. h. die Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz – mehr als verdoppelt und auch der Kapitalkoeffizient – d. h. das Verhältnis des Kapitalstocks zur Bruttowertschöpfung – hat sich permanent erhöht. Gerade die nachhaltige Erhöhung des Kapitalkoeffizienten er-

scheint mir bedenklich, da dies – unter der Annahme eines langfristig stabilen Zinsniveaus – impliziert, daß pro Wertschöpfungseinheit ein steigender Anteil an Kapitalkosten aufzubringen ist.

Forderungen nach Erhöhung der Arbeitszeit sind z. B. eine Reaktion auf die steigenden Kapitalkosten. Dies steht natürlich im Widerspruch zu den Vorschlägen, durch Arbeitszeitverkürzungen eine Senkung der Arbeitslosigkeit herbeiführen zu wollen. Das *Institut der deutschen Wirtschaft* hat berechnet, daß es bei einer „Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde pro Woche und einem von den Gewerkschaften geforderten Lohnausgleich (...) zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten um 2,5 Prozent und zu einem Anstieg der Kapitalkosten infolge der geringeren Auslastung der Produktionskapazitäten von 0,75-1,5 Prozent kommen“ würde.¹

Zu den Kapitalkosten zählen neben den Abschreibungen auch die Zinszahlungen. Mein Vorschlag zur Entlastung der Unternehmen setzt an diesen Zinskosten an. Nach meinem Dafürhalten gibt es gute Gründe für die Annahme, daß der Zins in einer Geldwirtschaft tendenziell höher ist als es der reine Ausgleich zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage erfordern würde. Herrscht z. B. auf dem Kapitalmarkt eine Überschußnachfrage, dann wird durch steigende Zinsen einerseits die Investitionsnachfrage gedämpft und andererseits – aufgrund der zukünftig verbesserten Konsummöglichkeiten – mehr gespart.

Dabei ist es von besonderer Bedeutung, in welcher Form die Ersparnisse gehalten werden. Als Geld verschaffen sie einem die Annehmlichkeit, jederzeit liquide zu sein. Damit würde jedoch am Gütermarkt eine Nachfragerücke entstehen. Um dies zu vermeiden, sollten die Ersparnisse zeitlich befristet in Form eines Kredites auf andere Wirtschaftsteilnehmer – z. B. auf Unternehmer, die investieren wollen und somit neue Arbeitsplätze schaffen – übertragen werden.

* Vortrag auf der „Arbeitsmarktkonferenz“ der Fraktion von Die Grünen/Bündnis '90 im Landtag von Sachsen-Anhalt am 12.4.1997 in Magdeburg.

Der Zins ist daher auch eine Veranlassung, seine Ersparnisse anderen Wirtschaftssubjekten temporär zu überlassen. Nach *Keynes*, der eine zinsunelastische Ersparnis annimmt², wäre sogar der gesamte Zins die „Belohnung für die Aufgabe der Liquidität“ für einen bestimmten Zeitabschnitt – eine *Liquiditätsprämie* also.³ Unter Liquidität versteht man die „Eigenschaft von Vermögensgegenständen, direkt oder indirekt (...) für Zahlungszwecke verwendbar zu sein.“⁴ Die Liquiditätsprämie des Geldes übersteigt dabei die aller anderen Vermögensgegenstände. Zudem ist die Geldhaltung – im Gegensatz zur Lagerung von Gütern – nicht mit Durchhaltekosten verbunden.

Betrachten wir das bisher Gesagte anhand einer Abbildung:

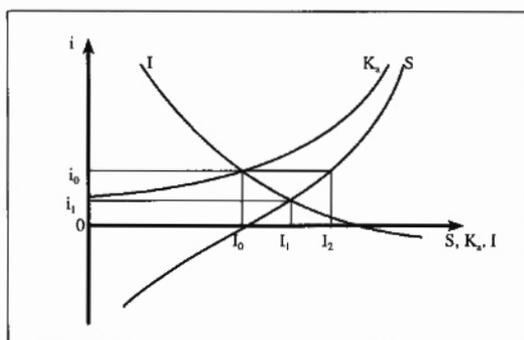


Abbildung 1: Angebotslücke zwischen Ersparnis und Investition

Die negativ vom Zins abhängige Investitionsnachfrage I wird nicht durch die tatsächliche Ersparnis S befriedigt, sondern durch die *wirksame Ersparnis*, dem Kreditangebot K_a . Zwischen Ersparnis und Kreditangebot existiert eine – bei fallendem Zinsniveau größer werdende – Angebotslücke. Diese Differenz zwischen Ersparnis und Kreditangebot in Höhe von $I_2 - I_0$ wandert dabei in die Kassenhaltung ab. Bei einem Zins unterhalb der Liquiditätsprämie würde das Kreditangebot völlig zusammenbrechen, da unterhalb dieser Grenze die Geldhaltung einen höheren Grenznutzen verspricht als die erhöhten Konsummöglichkeiten in der Zukunft.

Die Existenz einer Liquiditätsprämie hat weitreichende Konsequenzen: Der Gleichgewichtszins, bei dem auf dem Kreditmarkt das Angebot und die Nachfrage übereinstimmen, ist immer positiv. Da die Rendite einer jeden

Investition zumindest die Liquiditätsprämie übersteigen muß, wird die Wirtschaft von der monetären Seite unter einen Wachstumsdruck gesetzt. Nullwachstum ist unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Wirtschaft nicht vorstellbar, da es sonst ohne redistributive Maßnahmen des Staates langfristig zu einer vollständigen Konzentration von Einkommen und Vermögen kommen würde. (Vgl. hierzu die Grafik im Beitrag von *Dirk Löhr* auf der Seite 16 in diesem Heft.)

Es stellt sich nun die Frage, ob der Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Deutschland auf eine solche künstliche Verknapfung der Kreditmittel zurückzuführen ist, ob also zuwenig Kapital für investive Zwecke zur Verfügung gestellt wird. Als monokausale Erklärung der herrschenden Arbeitslosigkeit ist die vorliegende Argumentation sicherlich nicht geeignet. Trotz eines ausgeprägten internationalen Zinsverbundes ist in den Vereinigten Staaten z.B. die Unterbeschäftigung im letzten Jahrzehnt stark zurückgegangen. Es existiert also zusätzlich noch ein spezifisch deutsches bzw. europäisches Problem. Kurzfristig versprechen hier die Bestrebungen, den Arbeitsmarkt effizienter zu gestalten – z.B. durch bessere Anreizsysteme – sicherlich eher Entlastung; langfristig kann aber das Problem der Arbeitslosigkeit m. E. nicht gelöst werden, wenn die Frage vernachlässigt wird, ob und wie das Zusammentreffen von Kreditnachfrage und -angebot auf dem Kapitalmarkt koordiniert werden kann.

Die Liquiditätsprämie ist eine Eigenschaft des Geldes, die diesem als universellem Tauschmittel unmittelbar anhaftet und nicht beseitigt werden kann. Doch es existieren mit den Arbeiten von *Silvio Gesell* oder von *Nicholas Johansen* seit mehr als 80 Jahren entsprechende Vorschläge zur Neutralisierung der negativen Auswirkungen der Liquiditätsprämie auf das Kreditangebot.

Wenn nämlich das Geld – ähnlich den Waren, für die z.B. Lagerkosten aufgewendet werden müssen – mit Durchhaltekosten in Form einer Gebühr belastet werden würde, dann würde der Liquiditätsvorteil beim Halten von Geld durch gesteigerte Opportunitätskosten der Geldhaltung kompensiert. Die Kreditangebotskurve würde sich nach rechts verschieben und trotz gleicher Ersparnis wäre ein niedriger Kapitalmarktzins die Folge.⁵ (Vgl. Abb. 2)

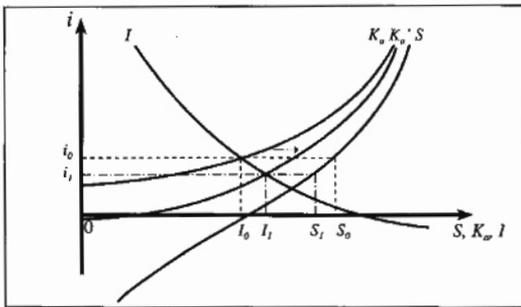


Abbildung 2: Verschiebung der Kreditangebotskurve durch gestiegene Opportunitätskosten der Geldhaltung

Die technische Ausgestaltung dieser Liquiditätsabgabe ist bei Sichtguthaben wenig problematisch – sie könnte einfach abgebucht werden. Für das Bargeld existieren mehrere Vorschläge wie z.B. mehrere Geldscheinserien, die periodisch gegen ein Disagio umgetauscht werden müssten. Für die angemessene Höhe dieser Abgabe bietet sich die Orientierung an der Zinsstrukturkurve an, die nach der Neutralisierung der Liquiditätspräferenz eine waagerechte Form aufweisen sollte.⁶

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar Sätze zur Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft sagen: Bleiben die Kapitaleinkommen außerhalb der Verteilungsdiskussion, dann stehen wir vor der Alternative, das verbleibende Arbeitseinkommen auf viele Menschen aufzuteilen – dies wäre der amerikanische Weg – oder auf immer weniger Beschäftigte – wie in Europa.⁷ Dann würde ich sogar der These zustimmen wollen, daß uns die *rentable* Arbeit ausgehen wird. Solange es aber unbefriedigte Bedürfnisse gibt, ist es m. E. verfehlt, von dieser These auszugehen. Wir müssen es nur besser als bisher verstehen, das Leistungsangebot von fast 5 Millionen Arbeitslosen mit dem unbefriedigten Bedarf zur Deckung zu bringen.⁸ Eine Änderung der monetären Rahmenbedingungen der Wirtschaft würde uns hierzu die Möglichkeit eröffnen. *Dies wäre zugleich eine angebotsorientierte Politik in dem Sinne*, daß die Investitionsbedingungen für die Unternehmen verbessert würden, *und eine nicht expansive nachfrageorientierte Politik*. Sinkende Kapitaleinkommen erhöhen das Einkommen derjenigen, die am Markt dann eine prozentual höhere Nachfrage nach volkswirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen entfalten wür-

den als ein Großteil der heutigen Kapitaleinkommensbezieher.

Literaturhinweise

- Gesell, S. (1920): „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“; – 4. letztmalig vom Autor überarb. Aufl. – in: S. Gesell „Gesammelte Werke“, Bd. 11; Lütjeburg: Fachverlag für Sozialökonomie (1991)
- Giersch, H. (1997): „Es verwundert, wie gelassen die Misere am Arbeitsmarkt hingenommen wird“; in: Welt am Sonntag, Nr. 5. 2. Februar 1997, S. 43
- Johannsen, N. A. L. J. (1913): „Die Steuer der Zukunft und ihre Einwirkung auf geschäftliche Depressionen und volkswirtschaftliche Verhältnisse“; Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht
- Keynes, J. M. (1936): „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“; Berlin, Duncker & Humblot
- Löhr, D./Jenetzky, J. (1996): „Neutrale Liquidität: zur Theorie und praktischen Umsetzung“; Frankfurt/M., Lang
- Müller, R./Röck, W. (1993): „Konjunktur-, Stabilisierungs- und Wachstumspolitik: theoretische Grundlagen und wirtschaftspolitische Konzepte“, 4. verb. und erw. Aufl., Stuttgart, Kohlhammer
- Rams, A./Ehrentreich, N. (1996): „Arbeitslosigkeit – wie kann sie überwunden werden: eine Kritik an den herrschenden Arbeitsmarkttheorien und ein Ansatz zu ihrer Weiterentwicklung“; Lütjeburg, Fachverlag für Sozialökonomie
- Suhr, D. (1983): „Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft“; in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 9, S. 221-227

Anmerkungen

- 1 Vgl. Müller/Röck (1993), S. 292f.
- 2 Vgl. Keynes (1936), S. 81 – „Die übliche Art der kurzfristigen Schwankungen im Zinsfuß wird jedoch kaum einen großen unmittelbaren Einfluß auf die Ausgabe in der einen oder anderen Richtung haben. Es gibt nicht viele Leute, die ihre Lebensweise ändern werden, weil der Zinsfuß von 5 auf 4 Prozent gefallen ist, wenn ihr Gesamteinkommen das gleiche wie zuvor ist.“
- 3 „Es sollte klar sein, daß der Zinsfuß keine Belohnung für Sparen oder Warten an sich sein kann. Denn wenn der Mensch seine Ersparnisse in Bargeld hortet, nimmt er keine Zinsen ein, obschon er gerade soviel spart wie zuvor ... Da der Zinsfuß die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität ist, ist er somit jederzeit ein Maß für die Abneigung derer, die Geld besitzen, sich von der liquiden Verwendung darüber zu trennen. Der Zinsfuß ist nicht der Preis, der die Nachfrage nach Geldmitteln zur Investition mit der Bereitwilligkeit, sich des gegenwärtigen Verbrauches zu enthalten, ins Gleichgewicht bringt. Er ist der Preis, der das Verlangen, Vermögen in Form von Bargeld zu halten, mit der verfügbaren Menge von Bargeld ins Gleichgewicht bringt.“ – Siehe Keynes (1936), S. 140f.
- 4 Löhr (1996), S. 41, m.w.N.
- 5 Nach der obigen Argumentation ist eine Übereinstimmung von Ersparnis und Investition – ein Grundpostulat der neoklassischen Theorie übrigen und nach Keynes durchaus möglich, wenn auch eher als Ausnahme zu betrachten – niemals erreichbar. Die Lösung erscheint mir in der Geldschöpfungsfähigkeit des Bankensystems, indem entweder die Notenbank zusätzliches Geld emittiert oder die Geschäftsbanken im Rahmen ihres Kreditgeschäftes eine Doppelnutzung liquider Einlagenbestandteile zulassen. Zu Zeiten des Goldstandards waren diese Möglichkeiten des Bankensystems eng begrenzt, heute wird das prinzipielle Problem eher darin bestehen, den Geldschöpfungsprozeß so zu steuern, daß die Nachfragerlücke geschlossen wird und kein inflationärer Nachfrageüberhang entsteht. Dies wäre möglich bei einem relativ stabilen Zusammenhang zwischen Zinsfuß und monetärer Nachfragerlücke. Im unteren Zinsbereich, wenn die Kassenhaltung dagegen sprunghaft ansteigt, scheint mir hier das Bankensystem aber überfordert. – Vgl. hierzu auch Rams/Ehrentreich (1996), S. 106f.
- 6 Vgl. hierzu auch Löhr (1996), S. 97.
- 7 Der Ökonom Herbert Giersch äußerte z.B. die Vermutung, daß viele der amerikanischen „Working Poor“ in Europa arbeitslos wären. – Vgl. Giersch (1997), S. 43.
- 8 Vgl. Suhr (1983), S. 221f.

Wirtschaftswachstum – falsche Zielsetzung einer überholten Wirtschaftstheorie*

1 Offizielle Lehrmeinung und daraus resultierende Folgen

Befragt nach dem erforderlichen Wachstum für eine krisenfreie Wirtschaftsentwicklung, äußern sich Wirtschaftswissenschaftler in der Regel dahingehend, daß hierfür mindestens 3 Prozent jährlich erforderlich sind.

Die Zinseszinsrechnung ermöglicht uns, hierfür die Vervielfachungen der Ausgangsgröße im Zeitverlauf zu berechnen. Es ergibt sich eine Verdoppelung nach ca. 23,5 Jahren und eine Vertausendfachung nach ca. 235 Jahren.

Um sich eine Vorstellung davon zu verschaffen, was dies praktisch bedeutet, sollte man sich als grobe Näherung vergegenwärtigen, daß dies eben auch einer entsprechenden Ver-

vielfachung der heute sichtbaren Wirtschaftsgüter entspricht. Um ein Beispiel zu benutzen, sei dies auf die heute von Straßen überbauten Flächen der Bundesrepublik (1,2 Prozent) bezogen. Eine Vertausendfachung dieser Größe, der zu erwartende Zustand also in 235 Jahren, entspräche dann der Abb. 1 – einer Überbauung der Bundesrepublik in 12 Ebenen nur mit Straßenflächen.

Dabei wird vorausgesetzt, daß sich Wirtschaftswachstum in erster Linie durch einen entsprechenden Zuwachs an materiellen Gütern auswirken wird. Denn die treibende Kraft für den Wirtschaftswachstumswang ist der zinsbedingte Wachstumswang für Vermögen. Mit den Vermögen wachsen auch die Schulden, welche allenthalben dinglich zu sichern sind. Wenn somit die Verschuldung mit den Vermögen wächst, bewirkt die dingliche (materielle) Sicherung der Schulden zwangsläufig ebenfalls einen Wachstumswang der materiellen Güter.¹

Wenn man nun annehmen kann, daß schon ein Zustand gemäß Abb. 1 kaum jemand als erstrebenswert empfinden dürfte, so ist weiterhin davon auszugehen, daß ein derartiges Wirtschaftswachstum zwangsläufig auch mit einer entsprechenden Zunahme der Umweltverschmutzung und des Ressourcenverbrauchs einhergeht. Es ist abzusehen, daß dann der globale Kollaps nur eine Frage der Zeit ist. Wir sind mit der momentan wirksamen Wachstumswang dabei, den Globus in einem Zeithorizont, der erd- und auch menschheitsgeschichtlich geradezu lächerlich kurz ist, auf eine Weise umzukrempeln, daß Milliarden Jahre der Evolution gleichsam mit einem Fingerschnipp aufs Spiel gesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund ist eine Vertausendfachung der heutigen Wirtschaftstätigkeit in 235 Jahren nachgerade absurd.

Bei 3 Prozent Wachstum wäre die Bundesrepublik in 235 Jahren in 12 Ebenen vollflächig mit Straßen überbaut



Im Jahr 1997 durch Straßennetz überbaute Fläche: 1,2 Prozent

Abb 1: Vervielfachung der Straßenfläche in 235 Jahren

* Vortrag im Rahmen der 21. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 5.4.1997 in Hann.-Münden.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist hingegen dadurch gekennzeichnet, daß sich alle Investitionen rentieren müssen, also daß das investierte Kapital sich verzinsen muß. Zins bedeutet jedoch nichts anderes, als daß eine Ausgangsgröße nach einem Jahr um einen bestimmten Betrag vergrößert sein muß. Und obwohl somit Zins per definitionem nichts anderes als Wachstum bedeutet, scheinen viele Menschen den zwingenden Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum nicht wahrzunehmen! Der Zins ist für sie eben etwas Abstraktes, was eingenommen und gezahlt wird, wenn man Geld anlegt oder leiht. Darum formuliere ich dies noch einmal ausdrücklich in einem

Lehrsatz 1:

Ein ständig positiver (Real-)Zins ist Wachstum! Was denn sonst?!

Wer also die Notwendigkeit des grundsätzlich positiven Zinses behauptet, behauptet damit die Notwendigkeit des Wachstums! Insofern ist die Forderung der Nationalökonomien in sich durchaus schlüssig.

Andersherum bedeutet das Ausbleiben von Wirtschaftswachstum im kapitalistischen Wirtschaftssystem schwerste Krisen, weil sich das dann nicht zu befriedigende Kapital aus dem Wirtschaftskreislauf zurückzieht. Kapitalrück-

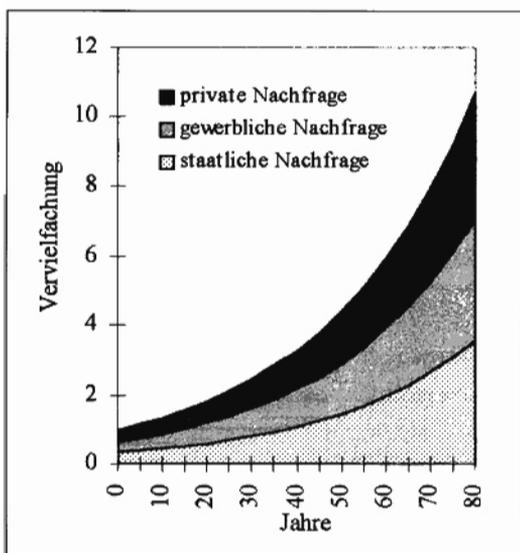


Abb. 2: Die klassischen Nachfragesektoren und ihre Beteiligung am Wachstum

zug wiederum bedeutet Absatzstockung und damit Zahlungsunfähigkeit von Schuldner. Geschieht dies in größerem Umfang, ist irgendwann ein Zusammenbruch des Wirtschaftssystems fällig.

2 Systembedingter Widersinn

Zunächst sei einmal der idealtypische Verlauf einer Wachstumsentwicklung anhand von 3 verschiedenen Nachfragesektoren schematisch ohne Berücksichtigung tatsächlicher Proportionen anhand von Abb. 2 dargestellt. Wenn sich alles in idealer Weise entwickelt, wachsen die drei Nachfragesektoren in gleichförmiger Weise.

Wenn sich auch nicht alle drei Sektoren untereinander so gleichförmig entwickeln müßten, so ist wesentlich, daß in unserem jetzt bestehenden Wirtschaftssystem die Summenkurve, also der obere Rand dieser Kurven, die Wachstumsanforderungen erfüllt. Diese Kurve darf keine allzu empfindlichen Störungen in Form von Abflachung aufweisen, da diese gleichbedeutend mit schwerwiegenden Wirtschaftskrisen sind.

In Abb. 3 (vgl. S. 8) ist dargestellt, was passiert, wenn ein Sektor von einer bestimmten Stelle an zu stagnieren beginnt. Wenn die eben erläuterte Bedingung eingehalten werden soll, entsteht dort eine keilförmige Lücke zwischen den Sektoren, die in der Abbildung mit „neu“ beschriftet ist. Diese Lücke muß unbedingt mit neuer Nachfrage ausgefüllt werden, weil nämlich anders der geforderte Verlauf der Gesamtkurve nicht gehalten werden kann. Solange ein neues Nachfragegut die Lücke ausfüllt, ist dies unproblematisch; aber wehe, wenn dies nicht der Fall ist.

Was wir aber mittlerweile allenthalben erleben, sind gesättigte Märkte. Es ist dann außerordentlich schwer, ein neues Produkt auf den Markt zu bringen oder den Absatz eines bestehenden Produktes zu erweitern. Und nun beginnt der Überlebenskampf des Schuldners. Dieser muß sehen, daß er sein Produkt oder seine Arbeitskraft an den Mann bringt. Wenn er das nicht schafft, geht er pleite und rutscht damit unweigerlich zum gesellschaftlich Geächteten ab. Das Bemühen, diesen Fall unbedingt zu vermeiden, kann als der Motor angesehen werden, der die außerordentliche Dynamik des Kapitalismus bewirkt.

Der Druck oder besser gesagt der Sog auf die Märkte, der dadurch entsteht, daß das Kapital durch den Zinseszinsmechanismus alle 23,5 Jahre eine Verdoppelung erzwingt, ist so stark, daß allenthalben empfindlicher Mangel an Ideen besteht, sich seines Schuldendrucks zu entledigen. Dies führt dazu, daß im Kapitalismus praktisch jede Gelegenheit, Geld zu erwirtschaften, beim Schopfe gefaßt werden muß! So kann es eigentlich nicht verwundern, daß es Leute gibt, die ihre Geschäfte mit fragwürdigen Sachen betreiben, seien es Waffen, Landminen, Giftfabriken in Libyen oder Irak, Atombomben usw.

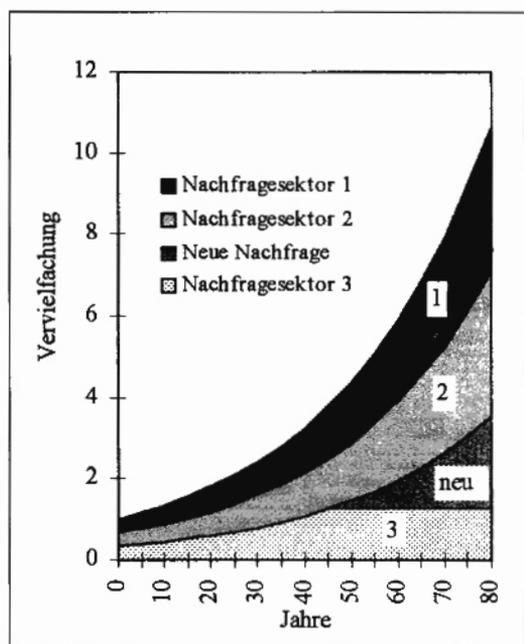


Abb. 3: Nachfragesektoren, von denen einer stagniert

Lehrsatz 2:

Im Kapitalismus (Zinswirtschaft) besteht ständig ein peinlicher Mangel an Möglichkeiten, neue nachfragefähige Güter zu produzieren. Es existiert ein zwingender Sog, – alles zu produzieren, wofür Nachfrage besteht und – zusätzlich mit allen Mitteln Nachfrage zu fördern (Werbung).

Ein weiterer Effekt wird durch die erwähnte Lücke charakterisiert! Was in Abb. 3 als Stagnation dargestellt ist, muß nicht unbedingt

immer daher kommen, daß die Nachfrage gesättigt ist. Eine solche Strategie kann auch Folge von Rationalisierungsbemühungen sein. Dazu ein Beispiel:

Wenn das 3-Liter-Auto produziert wird, entsteht eine Lücke wie in Abb. 3 dadurch, daß die Nachfrage nach Benzin zurückgeht. Dieser Nachfrageausfall muß ersetzt werden, da sonst die volkswirtschaftliche Gesamtwachstumsentwicklung nicht eingehalten werden kann! Die fehlende Nachfrage muß nicht unbedingt durch eine Nachfrage nach Benzin ersetzt werden, sondern kann in irgendeinem anderen Nachfragesektor erfolgen. Die Wahrscheinlichkeit, daß in diesem neuen Nachfragesektor die gleiche oder gar eine größere Energiemenge umgesetzt wird als die durch das 3-Liter-Auto eingesparte ist ziemlich groß. Der mit großem Werbeaufwand suggerierte Vorteil für die Umwelt verpufft somit in Aktionismus.

Lehrsatz 3:

Eine (betriebswirtschaftlich sinnvolle) Einsparungsmaßnahme erhöht in einer kapitalistischen Volkswirtschaft den Problemdruck, da ein Nachfrageausfall durch eine wachstumsfähige Neunachfrage kompensiert werden muß, woran nach Lehrsatz 2 ohnehin schon ein Mangel besteht!

Für die vorangehenden Betrachtungen gibt es hingegen auch eine verblüffende Umkehrung! Wenn ein Nachfrageausfall den Problemdruck erhöht, verringert umgekehrt ein ungeplanter Nachfragezuwachs den volkswirtschaftlichen Problemdruck!

Lehrsatz 4:

Ein (betriebswirtschaftlich unsinniger) ungeplanter Nachfragezuwachs in Form von Unfällen, Unglücken oder sonstigen Schäden usw. verringert in einer kapitalistischen Volkswirtschaft den Problemdruck, da hierdurch dringend benötigte Nachfrage erzeugt wird!

Jeder Tanker- oder Autounfall ist ein volkswirtschaftlicher Segen! Somit ist es nur systembedingt logisch, wenn dies bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts positiv zu Buche schlägt!

Zwei Modetrends geistern seit einiger Zeit durch das Repertoire der Wirtschaftswissenschaftler. Der eine heißt „Lean Production“ und der andere „Schlanker Staat“. Beide Begriffe laufen letztlich auf das gleiche hinaus,

nämlich auf das extreme Durchrationalisieren und damit auf das Reduzieren von Nachfrage in der gewerblichen Wirtschaft bzw. beim Staat.

Nehmen wir einmal an, in beiden Bereichen wäre man extrem erfolgreich und erreichte ein Einfrieren des Aufwands auf einem bestimmten Niveau. Für die Nachfragesektoren ergibt sich dann eine Situation gemäß Abb. 4.

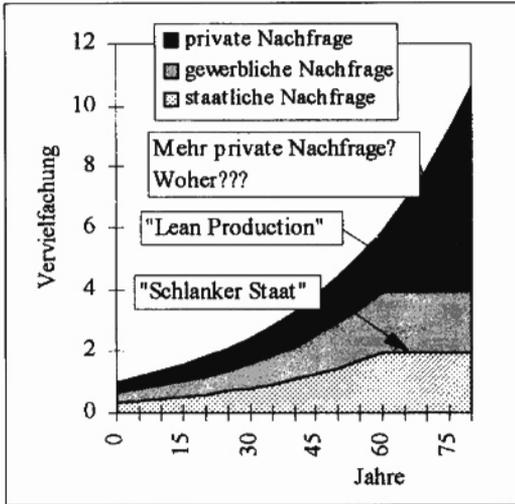


Abb. 4: Die klassischen Nachfragesektoren und ihre gestörte Beteiligung am Wachstum

Hier wird die Problematik des Nachfrageausfalls besonders deutlich. Ich erinnere wieder daran, daß der obere Kurvenverlauf im kapitalistischen Wirtschaftssystem aus Stabilitätsgründen unbedingt eingehalten werden muß! Ich stelle die Frage in den Raum, wie denn gerade die private Nachfrage in dem angedeuteten Maß erhöht werden soll, wenn die Grundlage dieser privaten Nachfrage, nämlich die Arbeitsstelle in der gewerblichen Wirtschaft oder beim Staat wegrationalisiert wird?!

Ganz besonders deutlich wird hier auch das Dilemma, in dem das Staatswesen in diesem Zusammenhang steht. Weitet der Staat seine Ausgaben aus, erreicht er das heute nur noch durch das Aufnehmen zusätzlicher Schulden, was irgendwann zum Staatsbankrott und damit zur politischen Destabilisierung führen muß. Spart der Staat, entzieht er der Wirtschaft dringend benötigte Nachfrage, was wieder-

um zur politischen Destabilisierung führen muß!

Wollen wir also ein Wirtschaftssystem, in dem Marktsättigung als solche akzeptiert werden kann, in dem eine Material- oder Arbeitersparnis nicht durch Ersatz von Materialverbrauch oder Schaffung neuer Arbeit an anderer Stelle kompensiert werden muß, dann kann dies nur so aussehen, daß die Summenkurven der Abb. 2 bis 4 abflachen, stagnieren oder gar fallen dürfen, ohne daß dies zu schwerwiegenden Krisen führt! Erst dann sind Rationalisierungen und Einsparungen auch als volkswirtschaftlicher Erfolg wirksam, und erst dann können wir davon ausgehen, daß ein Unfall von allen Beteiligten betrauert werden kann und daß dann nicht irgendwo jemand sitzt, der eine klammheimliche Freude an den gesundheitlichen und materiellen Unfallfolgen empfindet!

3 Reformversuche im System

Nun haben offenbar aber auch schon einige Fachleute bemerkt, daß wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Es wurde als Lösungsweg „Qualitatives Wachstum“ propagiert. Grundlage dieses Gedankens ist, den Anteil von Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt zu steigern. Es existiert offenbar die Vorstellung, daß – wenn ein größerer Anteil des Bruttosozialproduktes aus Dienstleistungen besteht – der Material- und Energieumsatz verringert wird. „Qualitatives Wachstum“ meint vor dem Hintergrund der zunehmenden Umweltprobleme eine Wirtschaft, die immer weniger Umwelt zerstört und stattdessen immer mehr zu „umweltschonenden Dienstleistungen“ übergeht. Grundlage dieser Vorstellung ist der sich stetig vergrößernde Anteil der Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt in den letzten Jahrzehnten.

Eine präzise Vorstellung, welche Auswirkung dies auf den Materialumsatz haben soll, existiert m. W. nicht. Hier tun sich gleich zwei Denkfallen auf.

Erstens wird der Zuwachs an Vermögen zwar durch das Bruttosozialprodukt gespeist; vermögenssteigernd sind jedoch nur Zuwächse, die ihren Gegenwert im Materiellen haben. Dabei ist die Aufteilung des Bruttosozialproduktes selbst vergleichsweise unwichtig. Es muß eben nur soviel Materielles abfallen, daß der Vermö-

genszuwachs dinglich gesichert werden kann. Die Steigerung des Dienstleistungsanteils bedeutet letztlich nichts anderes, als daß der Planungs- und Vertriebsanteil an den Erzeugungskosten sich erhöht. Dies bedeutet für sich schon, daß die Erhöhung des Dienstleistungsanteils am Bruttosozialprodukt irgendwo ihre Grenzen haben wird.

Von der Bindung an ein materielles Endprodukt abkoppeln ließen sich hier vielleicht der Kulturbereich und der Bildungsbereich, sofern dort nicht etwas unterrichtet wird, was nicht zur Erhöhung der Produktion dient, Managementkurse vielleicht, Philosophie oder Yoga.

Stellt man zweitens an das „Qualitative Wachstum“ einen Anspruch derart, daß Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch usw. auf dem heutigen Niveau eingefroren werden, dann muß man sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, daß dies nicht zu erreichen sein wird. Es ist einfach nicht vorstellbar, daß sich bei einer Wachstumsentwicklung, die eine Vertausendfachung der Wirtschaftstätigkeit in 235 Jahren zur Folge haben muß, der Materialumsatz und damit der Ressourcenverbrauch und die Umweltverschmutzung auf dem heutigen Niveau einfrieren lassen. Es ist nicht vorstellbar, daß Wachstum sich zukünftig nur noch in einem wie auch immer gearteten nicht-materiellen Bereich abspielen könnte. Mir ist nicht ein einziges Modell bekannt, das plausibel ein Wirtschaftssystem erklärt, in dem das „qualitative Wachstum“ die daran geknüpften Erwartungen realisieren könnte.

Der tieferen Problematik von Ökonomie und Ökologie haben sich bisher nur wenige der angesehenen Ökonomen zugewandt, darunter der St. Galler Professor *Hans-Christoph Binswanger* in seinem Buch „*Geld & Natur*“ [2]².

Die entscheidende Passage dieses Buches lautet: „*Wir sind mit einem Wachstumszwang konfrontiert. Falls es soweit kommt, stehen wir tatsächlich vor einem Dilemma: Wachstum der Wirtschaft und Schrumpfung der Natur oder Bewahrung der Natur und Schrumpfung der Wirtschaft. Dieses Dilemma kann in einem gewissen Ausmaß gemildert werden, wenn das Zinsniveau sinkt.*“⁴

Mit anderen Worten: Wenn wir das Zinsniveau, d.h. das Wachstumsniveau, verringern,

schrumpft die Natur weniger – aber sie schrumpft weiterhin, solange wir Zins und Wachstum nicht gänzlich vermeiden!

Binswanger schlägt damit vor, wir sollten die Katastrophe etwas langsamer auf uns zukommen lassen, aber ihr dann wohl mutig ins Auge sehen! Für den zweiten Teil des Satzes: „*Bewahrung der Natur ...*“ hat *Binswanger* keinen Lösungsvorschlag anzubieten. Aber nur hierin könnte doch eine Strategie der in letzter Zeit so sehr beschworenen Nachhaltigkeit (sustainable development) liegen!

Ein Schlagwort, für das *Ernst Ulrich v. Weizsäcker* seit einiger Zeit wirbt, heißt „1:4“. Dahinter verbirgt sich der Gedanke, den Materialverbrauch zu halbieren und die Effizienz und damit den Wohlstand zu verdoppeln. *Weizsäcker* multipliziert dann 2 mit 2 und hat seinen berühmten Faktor 4. Er und viele andere, die glauben, daß Rationalisierungseffekte im Kapitalismus zu geringerem volkswirtschaftlichem Gesamtaufwand führen, haben sich die im Abschnitt 2 erläuterten Effekte nicht klargemacht: 1.: Sie übersehen, daß gemäß Abb. 3 eine Rationalisierungseinsparung nach entsprechendem Ersatzaufwand an anderer Stelle verlangt.

2.: Die Effizienzsteigerung 1:4 wäre – so sie sich denn tatsächlich in verringertem Materialumsatz auswirkte – bei 3 Prozent Wachstum nach rd. 50 Jahren durch fortlaufende Wachstumsvorgänge neutralisiert. Und selbst wenn sie sich kontinuierlich fortsetzen ließe, hätten wir bei einem Zeithorizont von 235 Jahren zwar keine Vertausendfachung mehr, sondern nur noch eine 250fache Vergrößerung! Aber wo liegt da der große umweltpolitische Durchbruch?!

4 Kybernetische Begrenzung

Frederic Vester hat in [3]³ dargestellt, daß alle natürlichen Vorgänge auf unserer Erde einen ganz anderen Wachstumsverlauf haben als die Zinseszinsfunktion. Ausnahme: Krebswachstum! In vernetzten Systemen – und natürlich ist auch unser Wirtschaftsleben ein Teil des vernetzten Systems „Erde“ – bewirken Wachstumsverläufe entsprechend Exponentialfunktionen wie die der Zinseszinsfunktion eine „positive Rückkopplung“, das heißt, das System schaukelt sich in seinen Wechselbezie-

hungen zu immer größerer Degeneration auf, bis es zusammenbricht. Wachstumsvorgänge in der Natur sind dadurch gekennzeichnet, daß nach einem steilen Anstieg zu Beginn eines Wachstums eine Abflachung erfolgt, die in eine Gleichgewichtslage übergeht. So ist das Körperwachstum eines Menschen ca. 18 Jahre nach der Geburt abgeschlossen. Bäume wachsen auch nicht in den Himmel. Was für einzelne Lebewesen gilt, gilt auch für die lebende Natur als Gesamtheit. Nach einer Entwicklung von mehreren Milliarden Jahren hat sich ein globaler Gleichgewichtszustand eingestellt. Die Notwendigkeit unbegrenzten Wachstums ist nicht gegeben.

Während die Natur uns seit Jahrmillionen zeigt, wie sie durch das Anstreben eines Gleichgewichtszustandes langfristig funktioniert, beharren die Nationalökonomien seit etwa 200 Jahren darauf, daß wir nur friedlich fortexistieren können, wenn die Wirtschaft ununterbrochen wächst. Im Gegensatz zur Natur sind die Nationalökonomien den Beweis ihrer Thesen schuldig geblieben.

5 Mittelfristige Perspektiven

Nach den vorangegangenen mehr grundsatztheoretischen Überlegungen ist ein Blick in die mittelfristige Zukunft von Interesse. Die bekanntesten Arbeiten hierzu stellen die beiden Bücher von *Meadows* und Koautoren (im Folgenden nur mit „*Meadows*“ zitiert) dar, die auf der Grundlage der gleichen Methodik im Abstand von 20 Jahren (1972 und 1992) mögliche Fortentwicklungen der wichtigsten lebensbestimmenden Parameter der Erde untersuchten⁴. Hierzu wurden die Entwicklungen der Vergangenheit fortgeschrieben, allerdings unter Einbeziehung bekannter Größen der gegenseitigen Beeinflussung sowie offensichtlich zu erwartender Begrenzungen, sei es wegen begrenzter Ressourcen und Ausweitungsmöglichkeiten (Landwirtschaft, Fischfang) oder infolge z.B. zunehmender Umweltverschmutzung usw.

Aus insgesamt 13 Szenarien, die im neueren der beiden Bücher dargestellt sind, sei hier nur das eine Szenario

wiedergegeben, das die Entwicklung darstellt, die zu erwarten ist, wenn weitergewirtschaftet wird wie bisher. Alle Größen außer den Ressourcen, die selbstverständlich nur eine fallende Tendenz aufweisen können, erreichen demnach ein Maximum im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts. Danach erfahren diese Größen durchweg einen steilen Abfall. Z.B. halbiert sich die Weltbevölkerung in einem Zeitraum von ca. 70 Jahren bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts! Eine derartige Entwicklung dürfte ohne Übertreibung mit dem Jüngsten Gericht zu vergleichen sein! *Meadows* hat sodann etliche mögliche Entwicklungen untersucht, die sich ergeben, wenn verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um günstigere Verhältnisse zu erzielen. Die meisten Szenarien weisen jedoch auch bei erheblichen Anstrengungen teilweise auch auf mehreren Betätigungsfeldern die gleiche typische Entwicklung – wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung – auf.

Die wenigen Szenarien mit einer erträglichen Entwicklung weisen jedoch das gleiche charakteristische Bild eines Abflachens der Wachstumsgrößen in einen Gleichgewichtszustand auf! Ein Szenario mit unbegrenzter Wachstumsentwicklung gibt es nicht. Es bleibt nur die Wahl zwischen Absturz oder Gleichgewichtszustand!

Szenario 1 »Standardlauf« von »Grenzen des Wachstums«

Zustand der Welt

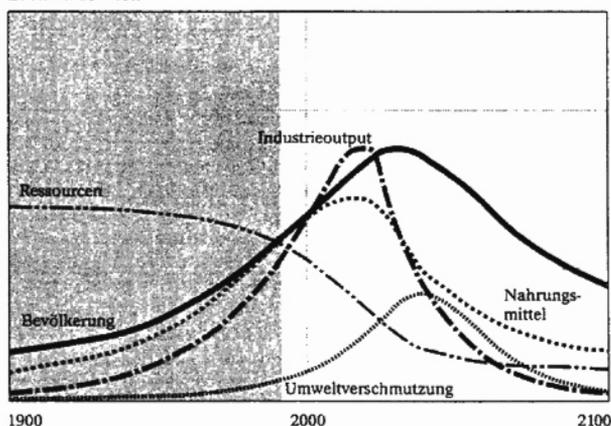


Abb. 5: Entwicklung verschiedener Zustandsgrößen bei Beibehaltung der jetzigen Wirtschaftsweise. Mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt aus [5] übernommen.

6 Fazit

Wenn die dargestellten Sachverhalte sich als richtig erweisen, läßt dies nur den Schluß zu, daß wir uns ein weiteres Wirtschaftswachstum kaum noch leisten können, da es nicht verträglich ist mit

- der Belastbarkeit unserer Umwelt
- den Bedürfnissen der Menschheit insgesamt
- Erkenntnissen der Kybernetik
- mit anderen Zielsetzungen heutiger Wirtschaftspolitik (Lean Production; Schlanker Staat usw.)
- mit den Zielen einer „nachhaltigen“ Wirtschaftsweise.

Die These von der Notwendigkeit eines ständigen Wirtschaftswachstums ist damit in sich unlogisch; sie steht in fundamentalem Widerspruch zum Bestreben friedlichen Zusammenlebens und einer insgesamt positiven Zukunftsperspektive. Sie führt mit Sicherheit sogar in eine globale Katastrophe.

Aus diesem Grunde ist es für das Fortbestehen der Menschheit und wahrscheinlich sogar für einen Planeten, auf dem überhaupt Leben möglich ist, außerordentlich wichtig, möglichst schnell ein Wirtschaftssystem zu etablieren, das bei Nullwachstum und ggf. sogar Schrumpfung krisenfrei funktionieren kann. Eine Möglichkeit, dies zu realisieren, sehe ich im freiwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell.

Anmerkungen

- 1 Ich greife damit eine Argumentationskette von Erhard Glözl auf in: Vortragsmanuskript „Über die (In-)Stabilität unseres Geld- und Wirtschaftssystems aus der Sicht eines Technikers“: November 1995.
- 2 Binswanger, Hans Christoph: Geld und Natur; Edition Weitbrecht. Stuttgart 1991, S. 108.
- 3 Vester, Frederic: „Unsere Welt – ein vernetztes System“, dtv-TB Nr. 10118, 7. Aufl. 1991.
- 4 Meadows, Dennis und Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter: „Die Grenzen des Wachstums“, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. 1972.
- 5 Meadows, Donella und Dennis; Randers, Jörgen: „Die neuen Grenzen des Wachstums“. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1992.

Schizophrenie der Wirtschaft: Explodierende Gewinne und Abbau von Arbeitsplätzen

„Die Siemens AG meldet eine über den Erwartungen liegende Steigerung bei Umsatz und Auftragseingang, der Gewinn stieg um 20 Prozent auf 2,5 Mrd. DM. 2,6 Mrd. DM Überschuß erwirtschaftete die Bayer AG. Gleich um 46 Prozent schnellte der Gewinn beim Mischkonzern Veba nach oben. Es ist eine fast schon schizophrene Wirtschaftswelt: Auf der einen Seite großer Aufschwung: Die Bilanz-Presskonferenzen verdichten sich zur großen Erfolgsstory. Auf der anderen Seite große Depression: 4,8 Millionen Menschen sind arbeitslos, die Staatsfinanzen zerrüttet, das soziale Netz ist bis zum Zerreißen gespannt.

Während die Verlierer – noch – vom Wohlfahrtsstaat aufgefangen werden, kommt eine gewaltige Umverteilungsmaschinerie in Gang. Die straff durchrationalisierten Firmen sorgen an der Börse für gewaltige Kurssprünge, die den acht Millionen deutschen Aktienbesitzern ungeahnte Gewinne bescheren. Binnen eines Jahres stieg der Deutsche Aktienindex (Dax) um 45 Prozent. Den Strategen in den Vorstandsetagen wird die neue Ungleichheit kaum Sorgen bereiten: Viele Manager fühlen sich vor allem dem Aktionär und dem Share-Holder-Value, der Steigerung des Unternehmenswerts, verpflichtet. Die Konzerne haben die reichlich sprudelnden Gewinne vor allem genutzt, um im Ausland zu investieren ... Was in Deutschland bleibt, sind daher meist nur noch hochproduktive Kernbereiche. Die arbeitsintensive Massenfertigung findet am Standort Deutschland nicht mehr statt: 60.000 Arbeitsplätze baute allein die Chemieindustrie seit 1993 ab, 190.000 der Maschinenbau, 184.000 die Autoindustrie.“

Tilman Gerwien, Explodierende Gewinne – Gute Nachrichten für Aktionäre und schlechte Nachrichten für Beschäftigte, in: Die Woche vom 4.4.1997, S. 9.

Urmonopole, intertemporale soziale Kosten und nachhaltiges Wirtschaften

Die Wörter „Ökonomie“ und „Ökologie“ haben denselben Ursprung: sie stammen vom griechischen „Oikos“, was soviel wie „Haus“ bedeutet. In beiden Bedeutungen geht es um „Haushalten“, d. h. um einen wirtschaftlichen und verantwortungsvollen Umgang mit knappen Ressourcen. Dennoch ist schwerlich zu übersehen, daß mit den Vorräten im „Raumschiff Erde“ unvernünftig umgegangen wird. Eine kaputte Ozonschicht, ein zunehmender Individualverkehr, steigende Umweltkrankheiten etc. sind Indizien dafür. Die Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden. Die irreversiblen Schäden, die wir der Umwelt zufügen, gehen auf Kosten zukünftiger Generationen. Um die exemplarisch aufgezeigten Probleme zu systematisieren, kann man folgende Bereiche unterscheiden:

1. Externe Effekte und die Möglichkeiten ihrer Internalisierung (Marktversagenstheorie).
2. Die Wachstumsproblematik.
3. Intertemporale soziale Kosten, besonders im Hinblick auf die Ressourcenökonomie und die Erhöhung der Ressourcenproduktivität.
4. Ein eng mit den Punkten 1. und 3. zusammenhängendes Problem sind die ökologischen Folgen der heutigen Bodenordnung.

1 Externe Effekte und die Möglichkeiten ihrer Internalisierung

Externe Effekte (externe Kosten, soziale Kosten) entstehen dann, wenn die Preise für die betreffenden Güter falsch gesetzt sind. Weil eben die Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, sind die Preise zu niedrig. Somit wird eine größere Menge umweltschädlicher Güter produziert, als dies bei einer verursachungsgerechten Belastung der Fall wäre. Beispielsweise ist der Straßengüterverkehr gegenüber dem Schienengüterverkehr „zu billig“. Er verursacht Schäden, welche nicht der Verursacher zu tragen hat, sondern auf die Allgemeinheit abgewälzt werden¹.

Es wird eine Vielzahl von Instrumenten vorgeschlagen, um über die Einführung des Verursacherprinzips eine bessere Internalisie-

rung der externen Kosten zu erreichen², so z. B.:

- zivilrechtliche Haftungsregeln (z. B. verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung³).
- Verhandlungslösungen („Coase-Theorem“): Je nachdem, wo die Nutzungsrechte liegen, zahlt entweder der Geschädigte dem Schädiger dafür, daß er die Schädigung mildert oder unterläßt; alternativ zahlt der Schädiger dem Geschädigten einen Ausgleich für die Schädigung.
- Kooperationslösungen.
- Die direkte Regulierung durch Auflagen (G- und Verbote). Gebote knüpfen i. d. R. an Vermeidungs- und Beseitigungstechnologien an, Verbote betreffen die Qualität bzw. Quantität bestimmter Emissionen.
- Die Flexibilisierung von Auflagenstrategien durch Kompensationsregelungen (z. B. Emissionsguthabenpolitik, „Bubbles“).
- Die Zertifikatslösung. Dabei handelt es sich um eine Vermarktung von Belastungsrechten. Durch Auflagen werden die maximalen Grenzen der Umweltbelastung fixiert, die Verteilung der restlichen Umweltnutzungsmöglichkeiten erfolgt durch Versteigerung oder Handel.
- Die Erhebung von Umweltabgaben (Steuern und Gebühren)⁴. Die Höhe der Abgaben ist nach dem angestrebten Umweltqualitätsziel zu bestimmen. Es wird unterschieden zwischen Lenkungsabgaben i. e. S., Restverschmutzungsabgaben und Öko-Steuern⁵.

Bei den genannten Instrumenten kann es nicht um ein „entweder – oder“ gehen. Spezifische Situationen erfordern bestimmte Instrumentarien. Unter den Umweltpolitikern wächst immer mehr die Einsicht, daß nicht das ideologische Beharren auf bestimmten Instrumenten, sondern der möglichst flexible und zielführende Einsatz eines adäquaten Instrumentenmixes am erfolgversprechendsten ist.

Bei der Wahl von „Mengenlösungen“ (die zu nutzende Menge einer Ressource – also die Höhe der „Verschmutzungsrechte“ – ist vorge-

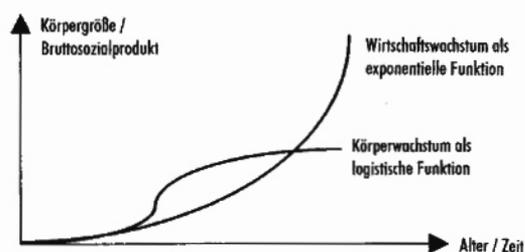
geben, der Preis bildet sich)⁶ ist die Ausgestaltung der Nutzungsrechte von großer Bedeutung (egal, ob es sich um Emissionsguthaben, Emissionszertifikate etc. handelt). Durch derartige Nutzungsrechte werden Verfügungsrechte an der Umwelt geschaffen; das bislang freie Gut Umwelt nimmt damit den Charakter eines knappen Gutes an. Es besteht hinsichtlich des nunmehr knappen Gutes Umwelt Rivalität; andere Wirtschaftsteilnehmer sind von der Nutzung des Gutes Umwelt ausschließbar. Hierbei können ökologische und wettbewerbspolitische Bedenken aufkommen: Möglicherweise werden potentielle Mitkonkurrenten durch ein Monopolisieren nicht genutzter Rechte ausgeschaltet. Durch solche Monopolisierungsvorgänge könnte ein politischer Druck auf eine Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten entstehen, da das Verhältnis von Umweltverschmutzung zu Produktionsmenge suboptimal ist (damit die Produktivität der Umweltnutzung). Speziell bei Umweltzertifikaten würde nur ein geringer Teil der emittierten Papiere als Angebot preisbildend wirken. Der enge Markt führt eventuell zu erratischen Preisausschlägen und fördert eine sachfremde, spekulative Verwendung. Solchen wettbewerbs- und umweltpolitischen Gefahren könnte durch eine laufende Nutzungsgebühr entgegengetreten werden, die verhindert, daß die betreffenden Nutzungsrechte gehortet werden. Legt man die *Keynes'sche* Formel zugrunde, wonach der Eigenzins eines Vermögensgegenstandes gleich seinem Erträgnis plus seiner Liquiditätsprämie abzüglich seiner Durchhaltekosten ist⁷, so müßte die Abschöpfung (= Durchhaltekosten) etwaige Differentialrenten⁸ sowie die Wertsteigerung der Rechte (= Erträgnis) zuzüglich der Liquiditätsprämie (= Monopolvorteil) erfassen⁹. Das Nutzungsrecht hätte damit einen Eigenzinssatz von Null und wäre vermögensmäßig neutral – nur eine solche Ausgestaltung würde mit den unten in Abschnitt 2.4 propagierten Reformvorschlägen korrespondieren. Nutzungsrechte würden dann nur bei dringendem Bedarf gehalten, ansonsten würde man sich schnell um ein Abstoßen bzw. um billige Substitute bemühen¹⁰. Ungeachtet der Tatsache, daß das Werk *S. Gesells* zweifellos nicht ökologisch orientiert war, ist dieser Vorschlag jedoch eine logische Fortsetzung der Bestrebungen *Gesells*, Monopole¹¹ konsequent zu brechen¹². Wir werden in Abschnitt 4 diese Lösung auch

auf die Bodenordnung übertragen, die eine ähnliche Konstellation wie die hier diskutierte Vergabe knapper Umweltnutzungsrechte aufweist.

Das Thema der Internalisierung externer Effekte ist von der Wissenschaft erkannt; auch die Politik unternimmt erste (wenngleich noch sehr zaghafte) Ansätze zur Realisierung. Hingegen werden die anderen bezeichneten Problematiken sowohl von der Wissenschaft als auch von der Politik eher stiefmütterlich behandelt.

2 Zur Wachstumsproblematik

Die Vorstellungen eines nachhaltigen Wirtschaftens orientieren sich an logistischen Funktionen, wie sie für natürliche Systeme kennzeichnend sind. Dem stehen Systeme mit exponentiellem Wachstum gegenüber, wie dies auch für die kapitalistische Wirtschaftsordnung¹³ zutrifft:



Offensichtlich existiert in der kapitalistischen Marktwirtschaft ein Zielkonflikt zwischen dem konjunktur- und beschäftigungspolitisch erwünschten Wirtschaftswachstum einerseits und dem ökologisch erstrebenswerten nachhaltigen Wirtschaften auf der anderen Seite. Angesichts dieses Zielkonflikts gibt es in der Umweltökonomie ein breites Spektrum von Ansichten und Meinungen, die von einem „Weiter so!“ bis zu einem radikalen Wachstumsstopp reichen.

2.1 Fortsetzung des Status quo

Eine – v.a. unter Wirtschaftspolitikern – verbreitete Auffassung ist, daß es sich bei der Wachstumsproblematik um überhaupt keine Problematik handelt. Vielmehr schaffe Wachstum die Voraussetzung zur Lösung von Umweltproblemen bei gleichzeitiger Versöhnung mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen (v.a. Beschäftigung). Die Erfahrung zeige, daß nur

nach Lösung der drängenden wirtschaftlichen Probleme (Arbeitslosigkeit!) die Umweltpolitik überhaupt erst politisch erfolgreich in Angriff zu nehmen ist. Hierfür werde aber ein entsprechend hohes Wachstum benötigt. Auch im freiwirtschaftlichen Spektrum werden derartige Auffassungen teilweise noch vertreten.¹³ So virulent dieser Zielkonflikt in der kapitalistischen Zinswirtschaft auch sein mag: In Abschnitt 2.4 wird dargestellt, daß diese Sicht der Dinge unter freiwirtschaftlichen Prämissen lediglich eine relative Berechtigung hat.

2.2 Substitution von quantitativem durch qualitatives Wachstum

Eine breite Strömung unter den Umweltökonomien favorisiert zur Lösung der mit dem Wirtschaftswachstum verbundenen Umweltproblematik die Substitution von quantitativem durch qualitatives Wachstum. Sofort stellt sich die Frage, wie eine solche Verlagerung erreicht werden soll, will man nicht zu Mitteln der Zentralverwaltungswirtschaft greifen. Ein wesentliches Element einer derartig orientierten Politik müßte ein entsprechendes Preis- bzw. Anreizsystem sein, in dem sich der Dienstleistungssektor entfalten kann. Bei diesen Vorstellungen steht offensichtlich die Dreisektorenhypothese von *Fourastié* Pate. Hiernach sollte sukzessive der primäre (Landwirtschaft) und später der sekundäre (Industrie) zugunsten des tertiären Sektors (Dienstleistungen, Handel) an Bedeutung verlieren. Gegen diese Vorstellungen lassen sich v.a. zweierlei Einwände bringen, die beide das Verhältnis zwischen sekundärem und tertiärem Sektor thematisieren:

- Der tertiäre Sektor weist (v.a. wegen des uno-actu-Prinzips) vergleichsweise geringere Produktivitätsfortschritte als der sekundäre Sektor auf, weswegen sich eine laufende relative Verteuerung des tertiären Sektors ergibt (Kostenkrankheitsphänomen)¹⁴. Unter Marktbedingungen ist somit eine Substitution des sekundären durch den tertiären Sektor kaum möglich.
- Vor allem stellt der tertiäre Sektor aber ein Anhängsel des sekundären Sektors dar, weswegen er mit dem sekundären Sektor steht und fällt. Diejenigen Bereiche, auf die die Befürworter der genannten Lösung ihre Hoffnungen setzen, werden erfahrungsgemäß in

Wirtschaftskrisen nicht ausgeweitet, sondern zuallererst gekappt (so v.a. Bildung und Kultur).

2.3 Radikaler Wachstumsstopp

Unter Radikalökologen wird verschiedentlich die Forderung nach einem radikalen Wachstumsstopp laut. Wie dieser erreicht werden soll, bleibt jedoch offen. Letztlich könnte dies nur erreicht werden, wenn über administrative Maßnahmen (!) eine Konsumquote von 100 Prozent erreicht wird (vgl. Abschn. 2.4). Man sollte sich jedoch die Konsequenzen eines solchen Vorschlages vergegenwärtigen (wobei die Erfahrungen, die mit Administrativ-Ökonomien gemacht worden sind, hier nicht diskutiert werden sollen), wenn der zinsinduzierte Umverteilungsmechanismus weiter wirksam bleibt: Im kapitalistischen Wirtschaftssystem¹⁵ muß die Wirtschaft in Höhe des Stückes wachsen, das die (aufgrund des Zinseszinses¹⁶) exponentiell wachsenden Kapitaleinkommen vom Sozialprodukt einfordern. Andernfalls verlieren die Arbeitenden, weil die Kapitaleinkommen die Zuwachsrate des Sozialproduktes übersteigen. Dies kann dann passieren, wenn

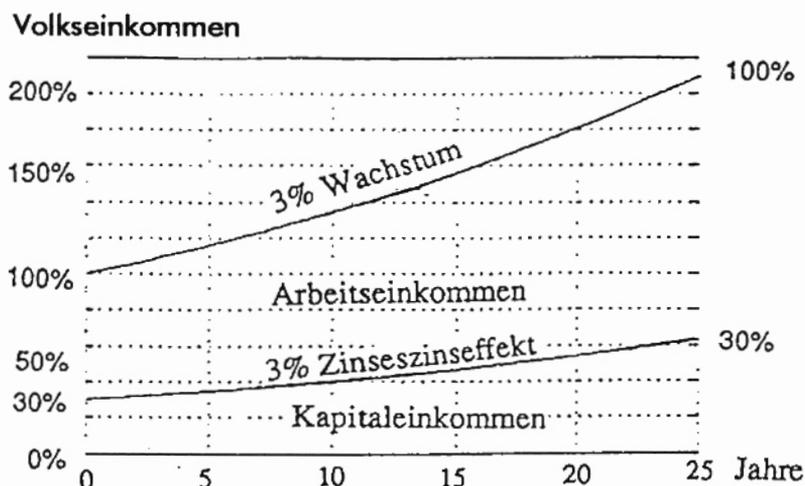
- a) c.p. das Geldvermögen schneller als das Sozialprodukt wächst und/oder
- b) c.p. der Zinssatz die Zuwachsrate des Sozialproduktes übersteigt.

Das Nullwachstum würde im untenstehenden Beispiel bei Wirksamkeit eines Zinseszinseseffektes von 3 Prozent in einem Zeitraum von wenig mehr als 20 Jahren zu einer Umkehrung der Verteilungsverhältnisse führen. Die grafischen Darstellungen auf S. 16¹⁷ illustrieren, daß man heute vor die Wahl des sozialen oder ökologischen Kollaps gestellt ist.

2.4 Der monetäre Ansatz: Wachstumsfreiheit nach Bedarfssättigung

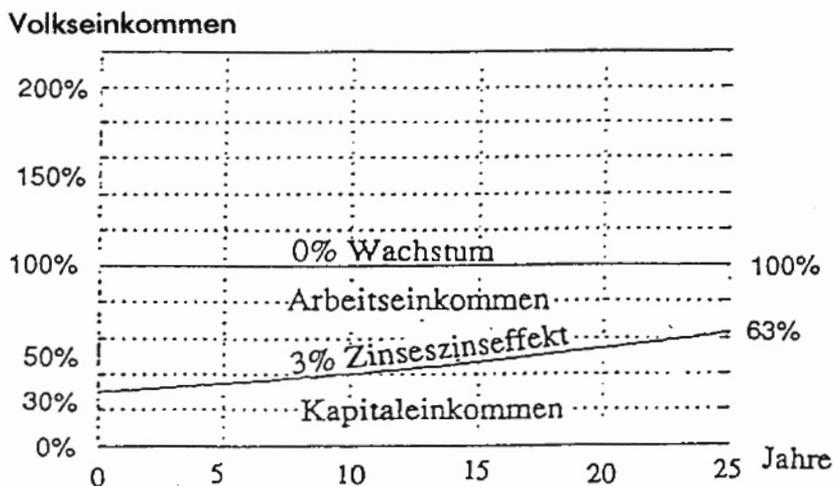
Verschiedentlich wird das Geldvermögenswachstum dem Wirtschaftswachstum gegenübergestellt und dabei gleichlaufende Bewegungen registriert. Man zieht daraus den Schluß, das Geldvermögenswachstum ziehe ein Wachstum der Realwirtschaft nach sich. Der Gedankenfehler liegt in der Annahme, daß solche Korrelationen etwas über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge aussagen könnten. Nicht zufällig kommt *Binswanger* genau zum umgekehrten Schluß: „Geld- und Kreditschöpfung setzen Wachstum, d.h. Netto-Investitio-

a) Wachstum des BSP in Höhe der steigenden Zinsansprüche



Folge: Keine Verteilungsverluste für das Arbeitseinkommen, aber ökologischer Kollaps

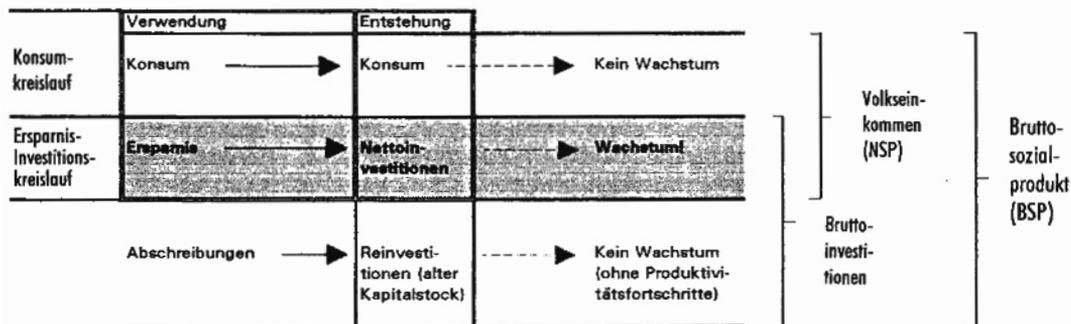
b) Die zunehmenden Zinsansprüche übersteigen das Wachstum des BSP



Folge: Verteilungsverluste für das Arbeitseinkommen, sozialer Kollaps

nen, voraus¹⁸. Will man entscheiden, wer Recht hat, so bedarf es hierzu eines Griffes in die Kiste der Theorie (wie ihn *Binswanger* auch vornimmt). Ohne die freiwirtschaftliche Theorie zu verlassen, können wir *Binswanger* folgen, wenn er die Rolle der Nettoinvestitionen in den Vordergrund stellt¹⁹. Unter Nettoinvestitionen versteht man die Erhöhung des Sachkapitalstocks in einer Periode. Nettoinvestitionen sind die eigentlichen Träger des Wirtschaftswachstums und zu unterscheiden von den Ersatzinvestitionen, die den vorhandenen Kapitalstock lediglich refinanzieren²⁰. Der vorhandene Kapitalstock wird während der Nutzungsdauer abgeschrieben. Über die Abschreibungen fließen den Unternehmen (sofern sie keine Verluste machen) Mittel zu, die nicht ausgeschüttet werden und damit für Reinvestitionen²¹ verwendet werden können. Reinvestitionen sind somit zwar Bestandteil des Bruttosozialprodukts, aber sie gehören nicht zum Volkseinkommen. Wenn also vom Volkseinkommen gesprochen wird, so sind die Abschreibungen, welche die Erhaltung des vorhandenen Kapitalstocks und damit die augenblickliche volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern sollen, schon abgezogen. Das Volkseinkommen (oder Nettosozialprodukt NSP) kann somit aus Sicht der Einkommensentstehungsseite aufgeteilt werden in einen Teil, der verbraucht wird (Konsum, C), und einen Teil, der netto investiert wird und den volkswirtschaftlichen Kapitalstock erhöht. Nettoinvestitionen sind in einer geschlossenen Wirtschaft aus Sicht der Einkommensentstehungsseite daher als das Volkseinkommen abzüglich Konsum definiert. Aus der Perspek-

tive der Einkommensverwendungsseite setzt sich das Volkseinkommen aus dem Konsum und dem Einkommensteil zusammen, der zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gespart wird (Ersparnis, S)²². Die Einkommensverwendungsseite sieht also die Ersparnis als Volkseinkommen minus Konsum. Werden sämtliche Ersparnisse den Nettoinvestitionen zugeführt (ex ante-Übereinstimmung), so ist der Wirtschaftskreislauf geschlossen. Hierzu müssen die Unternehmer aber entsprechend hohe Renditeerwartungen bezüglich der vorzunehmenden Investitionen hegen. Diese muß deutlich über derjenigen von risikolosen Finanzaktiva („landesüblicher Zinsfuß“) und dem Fremdkapitalzins liegen, soll die Investition sich rechnen. Ansonsten unterläßt der Unternehmer die Investition. Anders als der (relativ stabile²³) Konsumgüterkreislauf unterliegt der Ersparnis-Investitionskreislauf somit Unstetigkeiten, die vom jeweiligen Verhältnis zwischen (erwarteter) Sachkapitalrendite und dem Geld(-kapital-)zinsatz abhängig sind. Die Zunahme der Liquiditätspräferenz („Hortung“) bedeutet, daß die volkswirtschaftliche Ersparnis die Investition übersteigt. In diesem Fall ist der Wirtschaftskreislauf eben nicht geschlossen; die Folge sind Nachfrageausfälle und Arbeitslosigkeit. *Binswanger* betont auf der anderen Seite, daß – je mehr der ökonomische Kapitalstock durch Nettoinvestitionen wächst – umso stärker der ökologische Kapitalstock in Mitleidenschaft gezogen wird²⁴. Die Zusammenhänge und Abhängigkeiten in einer geschlossenen Wirtschaft sind noch einmal in der folgenden Abbildung illustriert:



Die Ausführungen machen deutlich, daß keinesfalls von einem Wachstumszwang der kapitalistischen Wirtschaft gesprochen werden kann, wenn man unter „Zwang“ eine mechanistische Kausalitätsbeziehung versteht. Allerdings handelt es sich beim Wirtschaftswachstum aus verteilungs-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Gründen um eine *systemimmanente Funktionsnotwendigkeit*: Ohne Wachstum würde die kapitalistische Marktwirtschaft nach kurzer Zeit in ein Desaster münden.

Nachdem wir die Nettoinvestitionen als die maßgeblichen „Träger“ des Wirtschaftswachstums identifizieren konnten, stellt sich die Frage, wie hoch ihr Wachstumseffekt ausfällt. Hierbei ist die entscheidende Größe der sog. „marginale Kapitalkoeffizient“. Dieser setzt die Nettoinvestitionen zur Änderung der möglichen Produktion in Beziehung und mißt somit „... den Kapazitätseffekt der Investitionen, und zwar wird der Kapazitätseffekt um so kleiner, je größer der Kapitalkoeffizient ist. Ein großer Kapitalkoeffizient bedeutet, daß eine gegebene Nettoinvestition nur einen kleinen Zuwachs zur potentiellen Produktion bewirkt“²⁵ Wird z. B. eine Sparquote von 12 Prozent wieder netto investiert, so erhöht sich bei einem marginalen Kapitalkoeffizienten von 4 die Produktion potentiell um 3 Prozent. In der Vergangenheit besaß der marginale Kapitalkoeffizient als Folge der steigenden Kapitalintensität einen Trend nach oben, was sich auf die Verteilungssituation tendenziell ungünstig auswirkte²⁶.

An dieser Stelle möchten wir die Behauptung aufstellen, daß die Nettoinvestitionstätigkeit im kapitalistischen System – so notwendig sie auch sein mag – den Charakter einer Sisyphusarbeit hat, weil nämlich eine Beseitigung der Knappheit systemimmanent unmöglich ist. Diese Behauptung wirft zwei Fragen auf:

- a) Was verstehen wir unter „Kapitalismus“ und
- b) warum ist eine Beseitigung der Knappheit im Kapitalismus unmöglich?

Ad a) Anders als bei *Marx* wollen wir unter *Kapitalismus* ein *Marktverhältnis* verstehen, in dem das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage (nach Leihgeld und Sachgut/Realkapital) institutionell knapp gehalten wird und dadurch den Zins (Geld- und Sachkapitalzins) erzwingt²⁷. „Nicht die Existenz eines Gutes oder die an ihm klebenden Besitztitel werfen das Plus

ab, sondern die Seltenheit in Verbindung mit der Nachfrage – Knappheit genannt.“²⁸

Ad b) Institutionalisiert ist die Knappheit deswegen, weil der Zins (Sach- und Geldkapitalzins) einen bestimmten Mindestsatz, den *Keynes* als die „*Liquiditätsprämie des Geldes*“²⁹ bezeichnet hat, in der heutigen Geldverfassung nicht unterschreiten kann. Das Geld stellt sich nur für (Netto-)Investitionen zur Verfügung, wenn damit eine Rendite erwirtschaftet werden kann, die deutlich (je nach Risiko) über dem landesüblichen Zinsfuß liegt – der landesübliche Zinsfuß wiederum findet durch die Liquiditätsprämie des Geldes eine Untergrenze. Können aufgrund der durch die Investitionstätigkeit zunehmenden Konkurrenz der Kapitalien die Forderungen des Geldkapitals nicht mehr erfüllt werden, so verweigert es sich der Investition. Die Folge: eine Stagnation der Wirtschaft oder gar eine „Reinigungskrise“, die eine entsprechende Vernichtung von Sachkapital bewirkt (man bedenke die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen!) und mit der daraus hervorgehenden Verknappung die Voraussetzung für eine spätere rentable Kapitalverwertung wieder herstellt. *Keynes*: „Daß die Welt nach verschiedenen Jahrtausenden beständigen Sparens der Einzelnen so arm an angehäuften Kapitalwerten ist, ist nach meiner Ansicht weder durch die unvorsorglichen Neigungen der Menschheit, sogar nicht einmal durch die Zerstörung von Kriegen, sondern durch die hohen Liquiditätsprämien zu erklären, die (...) an dem Besitz von Geld hängen.“³⁰ Die Liquiditätsprämie des Geldes setzt somit den Standard, über den hinaus sich das Sachkapital nicht vermehren kann. Diese Knappheit geht in der Zinswirtschaft von den Geld- und Kapitalmärkten aus und pflanzt sich auf alle übrigen Märkte fort. Der Zins muß für jedes Gut, auf jeder Verarbeitungsstufe für das jeweils benötigte Kapital bezahlt werden; auch wird keine Produktionsanlage im Kapitalismus betrieben, ohne daß sie Zins abwirft, ihre Erzeugnisse also knapp im Verhältnis zur Nachfrage sind.

Nach der Analyse des unbefriedigenden Status quo stellt sich die Frage nach einem Ausweg. Das freiwirtschaftliche Rezept ist bekannt: Die Liquiditätsprämie wird konsequent durch „*künstliche Durchhaltekosten*“ neutralisiert³¹. Das Geld wird dadurch unter einen Angebotszwang gesetzt und seine Übermacht (gegen-

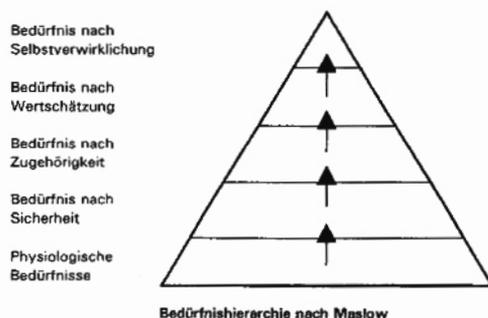
über Ware und Arbeit) genommen. Um die Durchhaltekosten zu vermeiden, stellt es sich jetzt selbst dann noch zur Verfügung, wenn die zu finanzierenden Investitionen eine Verzinsung in Höhe der Liquiditätsprämie (zuzüglich eines Risikoaufschlages) nicht mehr erzielen können. Nach der Neutralisierung der Liquiditätsprämie findet somit eine Dauerkonjunktur statt, in der das Kapital eine permanente Vermehrung und Dezentralisierung erfährt. Der Zins wird im Kapital „ersäuft“; es existiert kein „Keil“ mehr, der das „Zuklappen der Zinstür“ (also das Absinken des Zinses gegen Null) verhindert³². Anders als bei unvermehrten Kapitalien (z. B. Umweltnutzungsrechte, Grund und Boden) braucht das Erträgnis somit nicht über steuerliche Maßnahmen abgeschöpft werden. Die Aufgabe der Beseitigung des Kapitalertrages übernimmt der marktwirtschaftliche Wettbewerb, wenn er denn zur Geltung kommen darf. Das Absinken „des“ landesüblichen Zinssatzes beinhaltet das gleichzeitige Absinken von Geld- und Realkapitalzins, weil Finanz- und Realaktiva über Substitutions- und Komplementaritätsbeziehungen³³ miteinander verbunden sind. Die Risikoprämie bei Investments bliebe zwar erhalten. Sie wäre jedoch (was die einschlägigen Kapitalmarkttheorien nahelegen³⁴) weit geringer als heute, da sowohl die Volatilität der Verzinsung des einzelnen Unternehmens wie auch des Marktportefolles abnehmen werden. Dennoch: *Kapitalmarkt und Zins behalten ihre Allokationsfunktion bei.* Wo neue Knappheit auftaucht, gibt der Zins das Signal zu ihrer Beseitigung. *Keynes schätzte, „... daß ein richtig geleitetes, mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, in der Lage sein sollte, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (entspricht hier der Verzinsung, der Verf.) auf ungefähr Null herunter zu bringen; so daß wir die Zustände eines quasi-statischen Gemeinwesens erreicht haben würden, in dem Änderungen und Fortschritt sich nur aus Änderungen in der Technik, im Geschmack, in der Bevölkerung und in den Institutionen ergeben würden ...“*³⁵ Vor der Einmündung in diesen Zustand der Nachhaltigkeit ist jedoch noch ein Wachstumsschub nötig, um den vorhandenen Mangel (1997: mehr als 4 Mio. Arbeitslose!) zu beseitigen. Dieser Wachstumsschub wird allerdings durch die Umverteilungseffekte von Kapital- zum Arbeits-

kommen, die mit dem Sinken des Zinsfußes einhergehen, gemildert.

Kritische Leser könnten (angesichts des obigen *Keynes-Zitates*) Schwierigkeiten haben nachzuvollziehen, wie denn mittels eines solchen „Konjunktur- und Wachstumsprogramms“ ein nachhaltiges, ökologisches Wirtschaften ermöglicht werden soll. Die Erklärung ist einfach, ihr Verständnis setzt jedoch einige soziale Phantasie voraus: Nettoinvestitionen werden vorgenommen, wenn ein positiver Kapitalwert zu erwarten ist, d. h. eine entsprechende Verzinsung über dem Marktzinsniveau erreicht werden kann. Bei einem Zinssatz von Null (Geldkapital- und Realkapitalzinssatz) hat ein Unternehmer i. d. R. kein Interesse mehr, weitere Nettoinvestitionen durchzuführen³⁶. Würde der Unternehmer nämlich mit seiner Nettoinvestition (die zugleich die Grenzinvestition ist) das Kapital über das Nullzins-Gleichgewicht hinaus vermehren, hätte er alle Chancen, negative Verzinsungsraten (also Verluste) einzufahren. Aus diesem Grunde würden bei einem „landesüblichen Zinssatz“ von Null die Netto-Sachkapitalinvestitionen zum Stillstand kommen. Die Folgen für die Zusammensetzung des Volkseinkommens sind radikal: Das gesamte Volkseinkommen würde dem Konsum zugeführt werden; die Konsumquote betrüge 100 Prozent. Hingegen wäre der Anteil der Ersparnis und der Nettoinvestitionen am Volkseinkommen gleich Null³⁷. Um einem naheliegenden Mißverständnis vorzubeugen: Eine Sparquote von Null besagt nicht, daß nichts mehr gespart wird – sie bedeutet nur, daß 100 Prozent des Gesparten dem Konsum zugeführt wird. „Spart“ beispielsweise Robinson bis Juni 1000 DM, hebt im August 500 DM zu Konsumzwecken ab und gibt Freitag die restlichen 500 DM als Konsumentencredit, so ist in der betreffenden 2-Personen-Volkswirtschaft die gesamtwirtschaftliche Ersparnis der betreffenden Periode gleich Null (das gesamte Volkseinkommen wird verkonsumiert)³⁸. Mit anderen Worten: Bei einer Ersparnis von Null halten sich Bildung und Auflösung von Geldvermögen bzw. Kreditvergabe (an den Staat und Private zu Konsumzwecken) genau die Waage. Ist dies längerfristig der Fall, befindet sich das System im Gleichgewicht³⁹. Der Umstand, daß mit der Sparquote auch der Anteil der Nettoinvestitionen gegen Null geht, bedeutet jedoch nicht,

daß bei einem Nullzins-Niveau der Investitionsgütersektor aufhört zu existieren. Er beschränkt sich allerdings nun im wesentlichen auf die Produktion von Ersatzinvestitionen und ist keinen konjunkturellen Verwerfungen mehr ausgesetzt⁴⁰. Dieser *quasi-stationäre Zustand* bedeutet keinesfalls das Ende des technischen Fortschritts. Nach wie vor hätte der „Schumpetersche Unternehmer“ Entfaltungsmöglichkeiten. Vor allem bei Änderungen der Bedürfnisstruktur hätte er die Möglichkeit, Pioniergewinne zu erzielen. Andere Unternehmer, die einen solchen Wandel „verschlafen“, würden demgegenüber Verluste einfahren. M.a.W.: *Die Rendite der Unternehmen würde um einen Wert, der sich um den landesüblichen Zinssatz (von Null) plus einer Risikoprämie bewegt, steuern. Die Unternehmer würden nach wie vor danach trachten, über die Reinvestitionen Produktivitätsfortschritte zu realisieren, und zwar im Hinblick auf den Faktor Arbeit und den Faktor Umwelt. Bei einem Zustand gesättigter Bedürfnisse könnten Steigerungen der Arbeitsproduktivität in Senkungen der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich weitergegeben werden: Die Marx'sche Utopie würde also mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht. Trotz seiner „Stationarität“ ist das System elastisch: Ungleichgewichte würden flexibel durch Zinsänderungen und Schwankungen des Volkseinkommens ausgeglichen. Überschreitet die Geldvermögensbildung aus irgendwelchen Gründen (z. B. Altersaufbau) zeitweise die Konsumnotwendigkeiten, so reagiert der Markt temporär mit negativen Zinsen und einer Senkung des Volkseinkommens (negatives Wachstum), und zwar ohne eine Wirtschaftskrise. In dieser Situation ist das auch sinnvoll, weil die gesamtwirtschaftlichen Konsumbedürfnisse offensichtlich kleiner als das Volkseinkommen (vor Anpassung) sind. Eine *Keynes'sche* Konsumfunktion vorausgesetzt, steigt die Konsumquote aufgrund der Absenkung des Volkseinkommens schließlich wieder auf 100 Prozent. Aber auch eine Steigerung des Volkseinkommens ist dann möglich, wenn zusätzlicher Bedarf auftaucht. Die entstehenden Gewinnmöglichkeiten rufen den Unternehmer hervor, der diesen Bedarf über zusätzliche Investitionen deckt. Die Wirtschaft wächst vorübergehend. Die flexible Anpassung des Volkseinkommens an den Bedarf stellt einen wesentlichen Sinn einer ökologischen Wirtschaftsordnung dar.*

Die „technischen Voraussetzungen“ für ein nachhaltiges Wirtschaften können von der Freiwirtschaftslehre somit geliefert werden. Die „Schwachstelle“ ist der Mensch selbst. So setzt die Vorstellung von einem nachhaltigen Wirtschaften voraus, daß auch die materiellen Bedürfnisse des Menschen logistischen Funktionen folgen und daß – entsprechend der *Maslow*-Pyramide – mit steigendem Wohlstand eine allmähliche Substitution von geringerwertigen, materiellen zu höherwertigen, immateriellen Bedürfnissen stattfindet.



Sicherlich kann auch Bildung und Erziehung ihren Teil dazu beitragen, daß eine solche Entwicklung beschleunigt wird. Indessen macht ein derartiges Menschenbild unserer Phantasie angesichts des real existierenden Materialismus und Pauperismus⁴¹ große Schwierigkeiten.

Die zweite Unbekannte ist das Bevölkerungswachstum. Pessimisten befürchten angesichts der schon vorhandenen 6 Milliarden Menschen, daß sich ohne eine rigorose Bevölkerungspolitik auch die Ökologieproblematik nicht in den Griff bekommen läßt. Die Bevölkerungsentwicklung würde so als eine unabhängige Variable gesehen. Die Optimisten betrachten die Bevölkerungsentwicklung hingegen als von Wohlstand und sozialem Fortschritt abhängig. Sie verweisen dabei auf die stagnierende Entwicklung in den westlichen Industrieländern. Mit steigendem Wohlstand würde auch die Bevölkerungsentwicklung einen nachhaltigen Pfad einschlagen.

In diesem Zusammenhang muß der Entwicklungsweg problematisiert werden, den die Entwicklungs- und Schwellenländer einzuschlagen gedenken. Schon heute würde der

westliche Entwicklungsweg für alle 6 Milliarden Menschen zu einer ökologischen Katastrophe führen. Andererseits mutet es ungläubwürdig und moralisch fragwürdig an, wenn die westlichen Industriestaaten den Entwicklungs- und Schwellenländern die Empfehlung geben, sich zu bescheiden.

Die aufgeworfenen Fragen können wissenschaftlich wohl nur sehr schwer entschieden werden; letztlich ist die Antwort von der Werthaltung abhängig. Hier liegen die Grenzen des vorgestellten Ansatzes; abgesehen davon löst der in Abschnitt 2.4 gemachte Vorschlag weder das Problem der Internalisierung externer Effekte (Abschnitt 1) noch dasjenige der Neutralisierung bestimmter (Ur-)Monopole (Abschnitt 1 und 4).

3 Zur Problematik der Ressourcenökonomie

Ein positiver Zinssatz bedeutet ein Knappheitssignal. Es fordert die Entscheider auf, bestimmten Verwendungen knapper Mittel den Vorzug vor anderen Verwendungen zu geben (investiere in Verwendung A, weil hier der Zins höher ist als in Verwendung B). Dies gilt aber nicht nur zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern auch intertemporär. Eine Mark heute ist mehr wert als eine Mark morgen, weil das Geld zwischenzeitlich verzinslich angelegt werden kann. Nach der finanzmathematischen Formel $1/(1+i)^t$ ist bei einem Zinssatz von $i = 10$ Prozent eine Mark, die in einem Jahr ($t = 1$) eingenommen wird, nur 91 Pfennige wert. Eine Mark, die in zwei Jahren eingebracht wird, ist heute mit 82 Pfennigen zu bewerten. Findet die Einnahme erst in drei Jahren statt, sind es nur 75 Pfennige. Durch einen positiven Zinssatz werden also a) die Nutzen zukünftiger Generationen abdiskontiert, d. h. geringer bewertet als unser Nutzen. Zudem ergibt sich b) ein Anreiz, Aufwendungen (zur „Instandhaltung“ des Faktors Umwelt) in die Zukunft zu verlegen, weil sie dann entsprechend weniger schwer wiegen als heute.

Ad a) Bei nicht erneuerbaren Rohstoffen bedeutet dies das Marktsignal, keinen gleichmäßigen Ressourcenabbau vorzunehmen. Vielmehr ist es nach dem Kriterium der Maximierung der abdiskontierten Nutzen rational, die Ausbeute heute zu Lasten künftiger Generationen vorzunehmen. Die näher an der Gegen-

wart liegenden Nutzen werden nämlich höher bewertet als die weiter in der Zukunft liegenden. Umgekehrt wird der Nutzenentgang der künftigen Generationen geringer bewertet als der Verzicht auf die Ausbeute heute. Dementsprechend geht die sog. „Hotelling-Regel“⁴² von einer Substitution der Ressource Umwelt⁴³ durch Kapital aus. Die Ausbeute von Ressourcen verursacht eine zunehmende Knappheit, die ihren Preis steigen läßt. Der Eigentümer der Ressource fährt so lange mit der Ausbeutung fort, wie der Zins, zu dem er sein Geld aus dem Verkaufserlös anlegen kann, mindestens genauso groß wie die Preissteigerung der Ressource ist. Bewegt sich der Zinssatz aber unter der Rate der erwarteten Preissteigerung, so verlangsamt sich die Ressourcenausbeute⁴⁴. Unabhängig davon, ob der Ressourcenabbau durch das Kriterium der Maximierung der abdiskontierten Nutzen oder durch die Hotelling-Regel begründet wird: Er geschieht in der Hoffnung und mit der Rechtfertigung, daß die Chancen künftiger Generationen durch eine fortgeschrittene technische Entwicklung und die fortgeschrittene Kapitalakkumulation wieder egalisiert werden. In diesem Zusammenhang muß das Entropiegesetz Erwähnung finden (und der Name *Georgescu-Roegen*⁴⁵). In einer allgemeinen Formulierung lautet das Entropiegesetz: In geschlossenen Systemen nimmt die nicht mehr verfügbare (wertlose) Energie (= hohe Entropie) zu, während die verfügbare (wertvolle) Energie (= niedrige Entropie) abnimmt und unter Umständen gegen Null tendiert⁴⁶. Man kann das Entropiegesetz im ökonomischen Bereich als die *irreversible Entwertung der Natur* (speziell hier: von nicht erneuerbaren Ressourcen⁴⁷) durch ökonomische Prozesse interpretieren. Optimisten meinen, die Knappheiten, die sich aus der Erschöpfung endlicher Ressourcen ergeben, durch sog. „Backstop-Technologien“⁴⁸ mildern oder gar aufhalten zu können. Diskutiert werden dreierlei Backstop-Technologien: Plutoniumenergie (1), Fusionsenergie (2) und „Hard-Solar“, die großtechnologische Nutzung von Sonnenenergie (3). Allgemein akzeptiert ist, daß die Technologien (1) und (2) zusätzliche Wärme auslösen und die Entropieproblematik für die Erde als geschlossenes System nicht bewältigen⁴⁹. Bleibt nur noch „Hard Solar“ als Hoffnungsträger. Diese funktioniert nur durch dezentrale Nutzung. Hierzu wird aber Grund und Boden benötigt. Grund und

Boden ist jedoch *relativ* knapper als viele Rohstoffe wie z. B. Erdöl. Es ist jedoch ökonomisch wie ökologisch unsinnig, einen *relativ* reichhaltigen Faktor durch einen *relativ* knappen Faktor zu ersetzen. *Binswanger* kommt daher zu dem Schluß, daß es Backstoptechnologien nicht gibt⁵⁰.

So bleibt also nur ein Ausweg: Wenn der Nutzen zukünftiger Generationen nicht geringer bewertet werden soll als der unsrige heute, ist eine soziale Diskontrate von Null zwingend. Nun werden in einem marktwirtschaftlichen System die Investitionsentscheidungen dezentral, anhand von Marktsignalen gefällt. Will sagen: Die von der Wissenschaft bemühte „soziale Diskontrate“ ist ein theoretisches Konstrukt. Die marktwirtschaftliche Praxis hört nur auf Renditen bzw. Zinsen. *Daraus kann nur das Bemühen erfolgen, zu einem Zinsniveau von annähernd Null zu gelangen.*

b) Ausgaben, die heute zu tragen sind, werden bei einem Zinssatz größer Null schwerer gewichtet als solche, die in der Zukunft anfallen. Dies ist v.a. dann bedeutsam, wenn ökologische Produktionsverfahren im Zuge von Faktorsubstitutionsprozessen (Faktor Umwelt durch den Faktor Kapital) mit herkömmlichen Produktionsverfahren konkurrieren: Ökologische Produktionsverfahren (erhöhte Ressourcenproduktivität) sind häufig kapitalintensiver, d. h. sie weisen verglichen mit herkömmlichen Investitionen normalerweise höhere Anfangsauszahlungen auf. Dafür lassen sich mit ihnen Ersparnisse bezogen auf die Folgeauszahlungen erzielen (z. B. Sonnenenergie vs. Ölfeueranlagen). Je höher der Zinssatz, um so vorteilhafter gestaltet sich jedoch die für die herkömmliche Investition typische Zahlungsreihe (vergleichsweise niedrigere Investitionssumme, dafür höhere Folgeauszahlungen)⁵¹ gegenüber der „Öko-Investition“. Je niedriger umgekehrt der Zinssatz, umso eher erzielen ökologische Investitionen (vergleichsweise hohe Anfangsauszahlungen, dafür relativ geringe Folgeauszahlungen) einen Kapitalwert von größer oder gleich Null.

Im Beispiel (vgl. Seite 23) beträgt die Investitionssumme der herkömmlichen Investition DM 60.000,00, die der Öko-Investition DM 100.000,00. Aufgrund der Einsparungen bei den Folgeauszahlungen sind bei der Öko-Investition jedoch höhere Einnahmenüber-

schüsse zu erwarten (DM 15.000,00 statt DM 10.000,00 bei der herkömmlichen Investition). Angesichts der Zahlungsreihen ist bei einem Vergleichszinssatz von 10 Prozent die herkömmliche Investition der „Öko-Investition“ nach dem Kapitalwertkriterium klar vorzuziehen. Die Öko-Investition rechnet sich bei diesem Referenzzinssatz absolut nicht (negativer Kapitalwert). Ihre Vorteilhaftigkeit ändert sich aber bei einem Vergleichszinssatz von nur noch 1 Prozent radikal, und zwar absolut wie auch relativ zur herkömmlichen Investition: Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Substitution des Faktors Umwelt durch den Faktor Kapital.

Aus dem Gesagten läßt sich der Schluß ziehen, daß – bestimmte typische Zahlungsreihen vorausgesetzt – ein hoher Zinssatz die Substitution des Faktors Umwelt durch den Faktor Kapital verhindern kann.

4 Sonderproblem: Grund und Boden

Ein Sonderproblem stellt der Grund und Boden dar. Hierbei handelt es sich um ein knappes Gut, das zugleich ein Nutzungsrecht und einen Vermögenswert verkörpert⁵². Die Frage nach dem Eigentum an Grund und Boden hat eine starke moralische Dimension: Für jeden Menschen ist der unmittelbare und mittelbare (Nahrung, Kleider etc.) Zugang zum Boden von existentieller Bedeutung, andererseits ist es potentiell aber den Bodeneigentümern grundsätzlich möglich, die Nicht-Eigentümer von der Nutzung auszuschließen⁵³. Besonders brennend ist dieses Problem in vielen Ländern der sog. Dritten Welt⁵⁴, aber auch hiesige „Strukturkrisen“ sind nicht zuletzt durch die Eigentümlichkeiten unserer Bodenordnung mit verursacht⁵⁵.

Die heutige Bodenordnung bietet zudem wenig Anreiz, sparsam und effizient mit der knappen Ressource umzugehen. Sofern das entsprechende Kapital für den Grundstückserwerb vorhanden ist⁵⁶, haben die Erwerber wenig Anlaß, sich auf die tatsächlich benötigte Fläche zu beschränken. Grundstückseigentümer sind nicht oder zu wenig genötigt, die Fläche auch ausreichend zu nutzen oder – wenn sie dies nicht wollen oder können – sich von der Fläche zu trennen und anderen Nutzungswilligen zur Verfügung zu stellen. Die ökologischen Konsequenzen sind weitreichend: Von

Vergleich von herkömmlichen und ökologischen Investitionen bei Zinssätzen von 10 und 1 Prozent

	Herkömmliche Investition			„Öko-Investion“		
Zinssatz: 10 Prozent	Zahlungs- reihe	Kapital- faktoren	Bar- werte	Zahlungs- reihe	Kapital- faktoren	Bar- werte
Anfangs- auszahlung	-60.000,00	1,00	-60.000,00	-100.000,00	1,00	-100.000,00
Einnahmen- überschüsse						
t = 1	10.000,00	0,91	9.090,91	15.000,00	0,91	13.636,38
t = 2	10.000,00	0,83	8.264,46	15.000,00	0,83	12.396,69
t = 3	10.000,00	0,75	7.513,15	15.000,00	0,75	11.269,72
t = 4	10.000,00	0,68	6.830,13	15.000,00	0,68	10.245,20
t = 5	10.000,00	0,62	6.209,21	15.000,00	0,62	9.313,82
t = 6	10.000,00	0,56	5.644,74	15.000,00	0,56	8.467,11
t = 7	10.000,00	0,51	5.131,58	15.000,00	0,51	7.697,37
t = 8	10.000,00	0,47	4.665,07	15.000,00	0,47	6.997,61
t = 9	10.000,00	0,42	4.240,98	15.000,00	0,42	6.361,46
t = 10	10.000,00	0,39	3.855,43	15.000,00	0,39	5.783,15
	Kapitalwert:		1.445,67	Kapitalwert:		-7.831,49
Zinssatz: 1 Prozent	Zahlungs- reihe	Kapital- faktoren	Bar- werte	Zahlungs- reihe	Kapital- faktoren	Bar- werte
Anfangs- auszahlung	-60.000,00		-60.000,00	-100.000,00		-100.000,00
Einnahmen- überschüsse						
t = 1	10.000,00	0,99	9.900,99	15.000,00	0,99	14.851,49
t = 2	10.000,00	0,98	9.802,96	15.000,00	0,98	14.704,44
t = 3	10.000,00	0,97	9.705,90	15.000,00	0,97	14.558,85
t = 4	10.000,00	0,96	9.609,80	15.000,00	0,96	14.414,71
t = 5	10.000,00	0,95	9.514,66	15.000,00	0,95	14.271,99
t = 6	10.000,00	0,94	9.420,45	15.000,00	0,94	14.130,68
t = 7	10.000,00	0,93	9.327,18	15.000,00	0,93	13.990,77
t = 8	10.000,00	0,92	9.234,83	15.000,00	0,92	13.852,25
t = 9	10.000,00	0,91	9.143,40	15.000,00	0,91	13.715,10
t = 10	10.000,00	0,91	9.052,87	15.000,00	0,91	13.579,30
	Kapitalwert:		34.713,05	Kapitalwert:		42.069,57

der heutigen Bodennutzung „geht in der Regel ein beständiger Druck aus auf Ausweitung insbesondere der zur baulichen Nutzung zugelassenen Flächen sowie z. T. auch auf Ausweitung der zulässigen Nutzung schon ausgewiesener Flächen.

Wie in einem System kommunizierender Röhren führt die Unternutzung der Flächen im Bestand zu einer Übernachfrage dort, wo Grundstücke angeboten werden, und zugleich zu einem Druck auf die Planungsinstanzen zur Vergrößerung dieses

*Angebots durch Ausweisung und Erschließung neuen Baulands. Die Bodenpreise im Bestand bewirken nicht, daß die Nachfrage von selbst auf das zur Nutzung ausgewiesene Gesamtareal zurückgedrängt wird: ökonomische und planerisch-ökologische Grenze kommen nicht zur Deckung. Verstärkt wird dies dadurch, daß planungsbedingte Bodenrentensteigerungen dem Eigentümer verbleiben, so daß er ein elementares Interesse daran hat, die Planung im Sinne einer solchen Steigerung zu beeinflussen.*⁵⁷ Das Problem der geringen Effektivität der Bodennutzung wird noch durch das Spekulationsphänomen verschärft. Preisbildend wirkt in unserer heutigen Bodenordnung nur der kleine Teil der Grundstücke, der gerade im Angebot ist und auf den die Nachfrage sich richtet. Der Markt ist also notorisch eng, die Preisaufschläge entsprechend hoch. „Löst eine aus irgendwelchen Gründen vergrößerte Nachfrage dann die Erwartungen von Preissteigerungen aus und kommt es als Reaktion darauf zur Zurückhaltung der Angebotsseite, so steigen die Preise auch effektiv in unverhältnismäßiger Weise, obwohl sich an der Relation des Gesamtbestands zum Gesamtbedarf nichts geändert zu haben braucht.“⁵⁸ Neben der geringen Produktivität der Bodennutzung in der heutigen Bodenordnung besteht speziell im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen monetären Reform das Problem, daß mit sinkendem Zinssatz der Bodenpreis gegen Unendlich steigen würde (der Bodenpreis ergibt sich aus der kapitalisierten Bodenrente)⁵⁹. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen wären unabsehbar. *Gesell* schlug darum die Sozialisierung des Grund und Bodens und die anschließende Versteigerung nach dem Meistbietungsverfahren vor⁶⁰. Theoretisch wäre zur Erzielung des gewünschten Effektes auch eine entsprechende steuerliche Regelung ohne eine Umverteilung der Verfügungsrechte denkbar. Hierbei muß allerdings folgendes beachtet werden: Geht man von der *Keynes'schen* Formel aus, nach der der Eigenzins eines Vermögensgegenstandes gleich seinem Erträgnis plus seiner Liquiditätsprämie abzüglich seiner Durchhaltekosten ist⁶¹, so würde bei einer vollständigen Abschöpfung (= Durchhaltekosten) der Bodenrente und des Bodenwertzuwachses (= Erträgnis) noch der Liquiditätsvorteil (ein Monopolvorteil!) verbleiben⁶². Eine Steuerlösung dürfte sich daher nicht auf die Abschöpfung der Bodenrente und des Bodenwertzuwachses beschränken, sondern müßte darüber hinaus

den Liquiditätsvorteil des Bodens (als Monopolgut!) erfassen⁶³. Die Belastung müßte genauestens ausgesteuert werden, da ansonsten Überwälzungseffekte drohen, die ja bekanntlich auch der Baulandsteuer⁶⁴ mit den Garaus gemacht haben⁶⁵. Hier ist aber große Skepsis hinsichtlich der technischen Durchführbarkeit geboten (man denke an die nicht vorgenommenen Anpassungen der Einheitswerte und an den umstrittenen § 121 a BwG!). Solange diese Bedenken nicht ausgeräumt sind, bleibt die Sozialisierungslösung *Gesells* zwar die radikalste, gleichzeitig aber effektivste Lösung: Bei der Sozialisierungslösung liegen die Eigentumsrechte beim Staat, die Nutzungsrechte werden meistbietend an die Privaten versteigert. Das Problem des Liquiditätsvorteils kann bei einer entsprechenden Ausgestaltung der Pachtverträge angesichts der Verteilung der Verfügungsrechte ausgeschaltet werden. Sollten bei der „Steuer-Lösung“ jedoch praktikable Wege gefunden werden, welche die geäußerten Bedenken entkräften, ist auch ein flexibler kombinierter Einsatz beider Instrumentarien denkbar. Für welche Lösung (Steuer oder Sozialisierung) man sich auch entscheidet: Deutlich wird hier wiederum, daß eine ökologische Wirtschaftsordnung sich nicht mit einer Privilegien- und Monopolwirtschaft vereinbaren läßt, wie sie sich durch das Vorhandensein einer hohen Differenz zwischen Liquiditätsprämie und Durchhaltekosten bei zentralen Vermögensgegenständen ergibt⁶⁶. Die erkennbaren Parallelen zur Ausgestaltung der Nutzungsrechte an anderen Ressourcen, wie sie in Abschnitt I diskutiert wurden, sind daher nicht zufällig⁶⁷.

5 Resümee

Marktwirtschaft und Kapitalismus sind zwar historisch zusammengewachsen, als Idealtypen aber scharf zu trennen. Besonders deutlich macht dies eine kybernetische Betrachtungsweise: Tritt in einer Marktwirtschaft eine Ungleichgewichtssituation ein, so werden systemimmanente Informations- und Regelungsprozesse wirksam, welche die Störung selbsttätig beseitigen. Der Pionierunternehmer, der einen bislang unerkannten Bedarf entdeckt, kann mit einem Vorstoß in diese Lücke u.U. außerordentlich hohe Gewinne realisieren. Schnell werden sich jedoch Konkurrenten einstellen, und mit zunehmender Konkurrenz gehen die Gewinne auf das üb-

liche Niveau zurück. Der neue Bedarf ist schließlich gedeckt.

Gänzlich anders verhält es sich mit dem Kapitalismus. Die kapitalistische Zinswirtschaft ist positiv rückgekoppelt. Jede Kapitalwertrechnung geht davon aus, daß die Zinserträge stehengelassen werden und sich (wiederangelegt) weiter vermehren. Der Umverteilungsprozeß, den der Zinseszinsmechanismus bewirkt, wird jedoch durch keine Größe begrenzt. Ganz im Gegenteil: *Der Zinseszinsmechanismus bewirkt exponentielle Zuwachsraten.* Während natürliche Wachstumsverläufe die Tendenz haben, sich irgendwann abzuschwächen und schließlich zu stagnieren, stehen die zinseszinsinduzierten exponentiellen Wachstumsraten einem solchen natürlichen Verlauf diametral entgegen.

Aufgrund dieser positiven Rückkoppelung des Zinseszinsmechanismus und der empirisch feststellbaren Verläufe von Sozialprodukt- und Geldvermögenswachstum könnte man geneigt sein, einen „Wachstumszwang“ zu vermuten. Tatsächlich ist es aber korrekter davon zu sprechen, daß im kapitalistischen System aus verteilungs- und wirtschaftspolitischen Gründen (v.a. Beschäftigungspolitik) die *funktionelle Notwendigkeit* besteht, zu wachsen. Es gibt jedoch weder einzel- noch gesamtwirtschaftlich einen „Zwang“ (i.S. einer mechanischen Kausalität), den vorhandenen Kapitalstock zu vermehren.

Zusätzlich zu den funktionellen Wachstumsnotwendigkeiten induziert ein positiver Zinssatz auch intertemporale Allokationswirkungen: Es werden Kosten auf kommende Generationen abgewälzt (intertemporale soziale Kosten). Ein positiver Zinssatz bedeutet nämlich das Signal: *„Es herrscht Knappheit, es geht euch schlecht. Schaut, daß ihr diese Knappheit in einer Kraftanstrengung beseitigt. Vorübergehend dürft ihr das sogar auf Kosten künftiger Generationen.“* Aber eben nur vorübergehend. So wie die allokativen Wirkung dieses Marktsignals ist, so fatal wirkt es im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Zinsmechanismus: Über die Liquidationsprämie des Geldes wird der Zins perpetuiert – damit auch das Knappheitssignal und eine positive „soziale Diskontrate“. Daher wird nicht nur vorübergehend auf Kosten künftiger Generationen gelebt, sondern andauernd. Dieses Opfer künftiger Gene-

rationen macht noch nicht einmal Sinn, da die Knappheit im Kapitalismus nicht beseitigt werden kann.

Nachhaltiges, nicht auf Kosten künftiger Generationen gehendes Wirtschaften ist somit nur unter *Beseitigung des Kapitalertrages* möglich. Ein Kapitalertrag von Null nimmt den Anreiz für weitere Aufstockungen des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes. Eine wachstumsfreie Wirtschaft wird – anders als heute – sozialverträglich machbar, da kein Umverteilungsmechanismus wirksam ist. Die Beseitigung des Kapitalertrages ist nur möglich, wenn der Eigenzinssatz sämtlicher Vermögensgegenstände gegen Null tendiert. Hierzu muß nicht nur dem Geld, sondern auch anderen (im Verhältnis zur Nachfrage) knappen und unvermehrten und kaum substituierbaren Vermögensgegenständen der Liquiditätsvorteil genommen werden, wenn er die Durchhaltekosten stark übersteigt⁶⁸. Hier haben wir insbesondere Grund und Boden sowie Nutzungsrechte an unvermehrten Ressourcen ausgemacht. Die Neutralisierung von Erträgen und Liquiditätsprämie der betreffenden Vermögensgegenstände führt auch zu einer – ökologisch wünschenswerten – Erhöhung der Ressourcenproduktivität.

Die Beseitigung des Kapitalertrages ist jedoch nur eine notwendige, keinesfalls eine hinreichende Bedingung für ein nachhaltiges Wirtschaften. Von zentraler Bedeutung ist der Mensch mit seiner Bedürfnisstruktur und seinem Reproduktionsverhalten. Ein entsprechend optimistisches Menschenbild vorausgesetzt, könnte sich in einem Wirtschaftssystem, das Monopole rigoros auflöst⁶⁹ und intra- wie intertemporale soziale Kosten konsequent internalisiert, der Widerspruch zwischen ökonomischen und ökologischen Notwendigkeiten als ein Mythos entpuppen.

Anmerkungen

- 1 Eine verursachungsgerechte Belastung könnte u.a. durch eine entsprechende Erhöhung der Mineralölsteuer erreicht werden.
- 2 Vgl. zum folgenden H. Bartmann, *Umweltökonomie – ökologische Ökonomie*, Stuttgart u.a. 1996, S. 113 ff.
- 3 Hingegen wird ein Schädiger bei der Verschuldenshaftung durch ein nicht schuldhaftes aber schadenerzeugendes Verhalten von der Haftung freigestellt.
- 4 Vgl. ausführlich zu diesem Thema aus freiwirtschaftlicher Sicht, J. Jenetzky, *Öko-Abgaben – erforderliche, aber nicht hinreichende Instrumente einer zukunftsorientierten Wirt-*

- schaftspolitik, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 33. Jg., 109. Folge, Juni 1996, S. 15ff.
- 5 Bei Öko-Steuern steht der fiskalische Aspekt im Vordergrund. Lenkungswirkungen ergeben sich allenfalls mittel- bis langfristig.
 - 6 Bei der Abgabengleichung findet dagegen eine Steuerung über die Preise statt (Preislösung). Die ethischen Bedenken gegen diese marktorientierten Instrumente sind verständlich, gehen aber ins Leere – Nullemissionen gab es noch nicht einmal während der Steinzeit.
 - 7 J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. 6. Aufl., Berlin 1983, unveränderter Nachdruck der ersten Auflage 1936. S. 190.
 - 8 Differentialrenten können durch die Nutzung bestimmter knapper Ressourcen im Vergleich zu weniger effizienten Substituten entstehen. – Die Problematik entspricht derjenigen von Grund und Boden.
 - 9 D. Lühr, J. Jenetzky, *Neutrale Liquidität*, Frankfurt a.M. u. a. 1996. S. 175. – Auf die Diskussion, mit welcher Technik dies geschehen kann, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.
 - 10 Über ein adäquates technisches Vorgehen, das eine genaue Aussteuerung gewährleistet, wird sich die Wissenschaft noch den Kopf zerbrechen müssen. Theoretisch denkbar wäre die Einrichtung einer zentralbankähnlichen Institution.
 - 11 Besonders Keynes arbeitet mit seiner produktionstechnischen Erklärung den monopoloiden Charakter von Vermögensgegenständen heraus, denen eine hohe Differenz zwischen Liquiditätsprämie und Durchhaltekosten anhaftet. Nach Keynes spielt die geringe Produktions- und Substitutionselastizität der betreffenden Vermögensgegenstände hierbei eine entscheidende Rolle. – Vgl. J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, a.a.O., S. 192ff. – Vgl. auch D. Lühr, J. Jenetzky, *Neutrale Liquidität*, a.a.O., S. 48ff.
 - 12 Würden die weiter unten diskutierten Reformvorschläge ohne diese Lösung durchgeführt, so setzt man sich der Gefahr aus, daß der Eigenzinsatz der betreffenden Nutzungsrechte bestimmend für die gesamte Wirtschaft wird.
 - 13 Vgl. den Vortrag „Wirtschaftliches Wachstum zwischen Zwang, Unvermögen und Notwendigkeit“ von Jörg Gude im Rahmen der 21. Müндener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft. Beim Referenten zu beziehendes unveröffentlichtes Manuskript (Wiedel 13, 48565 Steinfurt).
 - 14 W.J. Baumol, *The Cost Disease in Personal Services*, in: *Skandinaviske Enskilda Banken Quarterly Review*, No. 2, 1972.
 - 15 Anders als bei Marx sei „Kapitalismus“ definiert als ein Zustand institutionalisierter Knappheit, welcher es dem (Sach- und Geld-)Kapital überhaupt erst ermöglicht, den Kapitalertrag zu erzwingen. Vgl. S. Gesell, *Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, 9. Aufl., Lauf bei Nürnberg 1949, S. 201, Anm. 1.
 - 16 Der Zinseszinsseffekt schließt hier auch „stehengelassene“ Gewinne in Unternehmungen mit ein.
 - 17 Entnommen aus: D. Lühr, *Geld, Wachstumswang und Umweltschutz*, in: *Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung* (Hrsg.), *Gerechtes Geld, Gerechte Welt*, Lütjenburg 1992, S. 71. – Vgl. auch die Abbildungen in: F.C. Binn, *Arbeit, Geldordnung, Staatsfinanzen*, Hann.-Münden 1983, S. 26-27. – Ursprünglich stammt diese Darstellung jedoch meines Wissens von H. Creutz.
 - 18 H. Chr. Binswanger, *Geld und Natur*, Stuttgart, Wien 1991, S. 193.
 - 19 Ebenda, S. 103.
 - 20 Auch von Ersatzinvestitionen können gewisse Wachstumseffekte ausgehen, wenn mit ihnen Produktivitätssteigerungen verbunden sind.
 - 21 Gleiche Wiederbeschaffungspreise vorausgesetzt.
 - 22 Von Außenwirtschaftsbeziehungen sei hier der Einfachheit halber abstrahiert.
 - 23 Instabilitäten können v.a. bei bestimmten hochwertigen Gütern oder Dienstleistungen sowie säkular infolge von Umverteilungsprozessen auftreten.
 - 24 H. Chr. Binswanger, *Geld und Natur*, a.a.O., S. 59.
 - 25 K. Rose, *Grundlagen der Wachstumstheorie*, 4. Aufl., Göttingen 1984, S. 22-25.
 - 26 Vgl. A. Rams, N. Ehrentreich, *Arbeitslosigkeit – wie kann sie überwunden werden?*, Lütjenburg 1996, S. 92ff. – Vgl. auch D. Lühr, *Die Scherenentwicklung von realen und monetären Cröfen in der Wirtschaft*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 82/1989 (26. Jg.), S. 18.
 - 27 Vgl. Fußnote 15.
 - 28 F.C. Binn, *Die Rolle des Kapitals bei der Wachstums- und Umweltproblematik*, in: W. Onken (Hrsg.), *Perspektiven einer ökologischen Ökonomie*, Hann. Münden 1983, S. 29.
 - 29 J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, a.a.O., S. 189.
 - 30 Ebenda, S. 202.
 - 31 Zur praktischen Durchführung vgl. D. Lühr, J. Jenetzky, *Neutrale Liquidität*, a.a.O.
 - 32 Auch die Keynes'sche Liquiditätsfalle ist nicht mehr zu befürchten. Vgl. hierzu auch H. Creutz, *Führt eine Zinssenkung durch unlaufgesichertes Geld zu noch mehr Wachstum?*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 89. Folge (1991), S. 14-24.
 - 33 Hierbei betonen die Monetaristen insbesondere die Substitutionsbeziehungen, die Neokeynesianer im Gefolge von Tobin das Komplementaritätsverhältnis.
 - 34 Für die Risikoprämie ist – anders als für die Liquiditätsprämie – der Grad der Reagibilität auf Schwankungen des Marktportefolles verantwortlich. Vgl. hierbei v.a. die Arbitrage Pricing Theory (APT) und das Capital Asset Pricing Model (CAPM). – Vgl. zu einer kritischen Würdigung D. Schneider, *Investition, Finanzierung und Besteuerung*, 6. Aufl., Wiesbaden 1990, S. 422ff. – Allerdings können Teile des Portefollierisikos unter bestimmten Voraussetzungen wegdiversifiziert werden. – Vgl. H.M. Markowitz, *Portfolio selection*, in: *Journal of Finance*, Vo. 7/1952, S. 77-91.
 - 35 J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, a.a.O., S. 184-185.
 - 36 Auch Harrod, der anders als der Verfasser von der Existenz eines „natürlichen Zinses“ ausgeht, stimmt formal mit der hier vorgestellten Analyse überein, indem er zugestehet, daß bei einem Einkommenswachstum von Null der Zinssatz ebenfalls auf Null sinken sollte. – R.F. Harrod, *Zweiter Essay zur dynamischen Theorie*, in: H. König (Hrsg.), *Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft*, 2. Aufl., Köln 1970, S. 212-215.
 - 37 Ex post müssen Ersparnisse und Nettoinvestitionen ohnehin identisch sein. Wenn Harrod davon spricht, daß dem Gleichgewicht der statischen Wirtschaftstheorie eine Ersparnis von Null entspricht, so ist hier ebenfalls eine formale Identität mit der Aussage des Verfassers festzustellen, daß eine wachstumsfreie Wirtschaft die vollständige Konsumtion des Volkseinkommens bedingt (in einer geschlossenen Wirtschaft). – R.F. Harrod, *Zweiter Essay zur dynamischen Theorie*, ebenda, S. 208.
 - 38 Allerdings kommt der zins- und zinseszinsinduzierte Teil des Sparens zum Stillstand, das Sparen der Wirtschaftssubjekte ist von deren Einkommen abhängig. Dabei spielt das Vorsorge-motiv eine wesentliche Rolle.
 - 39 Hierbei kommt schon zum Vorschein, daß auch Faktoren wie der Bevölkerungsaufbau, das System der sozialen Sicherung etc. die Höhe der Sparquote mit beeinflussen können; Anspar- und Entsparvorgänge sowie private Kreditaufnahmen werden i.d.R. durch unterschiedliche Altersgruppen getragen.
 - 40 In dem Maße, wie der Kapitalkoeffizient säkular steigt, wäre auch ein Minimum an Nettoinvestitionen weiter notwendig, die sich allerdings nicht mit dem heutigen Niveau vergleichen lassen.
 - 41 Eine marxistische, aber dennoch sehr treffende Vokabel.
 - 42 H. Hotelling, *The Economics of Exhaustible Resources*, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 39, 1931, S. 137-175.

- 43 Die Überlegung ist grundsätzlich auch auf den Faktor Arbeit anwendbar.
- 44 Binswanger kritisiert allerdings an der Hotelling-Regel, daß sie einen Spezialfall von freien Gütern im Auge hat, nämlich freie Güter, die (durch die Ausbeute) zu knappen Gütern werden. Daneben gibt es jedoch auch noch freie Güter, die im Zuge des Ressourcenabbaus ihren Charakter als freie Güter behalten, und freie Güter, die zu geschützten öffentlichen Gütern werden. – H. Chr. Binswanger, *Geld und Natur*, a.a.O., S. 78-80.
- 45 Vgl. N. Georgescu-Roegen, *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge Mass. 1971. – Vgl. ders., *The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect*, Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsordnung, Berlin 1987.
- 46 H. Bartmann, *Umweltökonomie – ökologische Ökonomie*, a.a.O., S. 233.
- 47 Daneben sind auch noch die Schadstoffemissionen, die Übernutzung erneuerbarer Ressourcen und die Störung ökologischer Kreisläufe zu erwähnen. – Vgl. H. Bartmann, ebenda, S. 234.
- 48 Hierbei handelt es sich um einen aus der Baseball-Sprache entlehnten Ausdruck.
- 49 H. Chr. Binswanger, *Geld und Natur*, a.a.O., S. 81.
- 50 Ebenda, S. 81-82.
- 51 Ausführlich zu diesen Überlegungen vgl. D. Löhr, Determinanten der Rationalisierung des Produktionsfaktors Umwelt, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 33. Jg., 109. Folge, Juni 1996, S. 25 ff. Vgl. auch D. Suhr, Die Wettbewerbsfähigkeit alternativer Energien in Abhängigkeit vom Geldsystem, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 89. Folge (1991), S. 3-13.
- 52 F. Andres, Grundlagen und Auswirkungen einer Bodenwertsteuer – Ist der Bodenmarkt ein Markt?, in: *Fragen der Freiheit*, Folge 242/1997, S. 13.
- 53 „Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen ewiglich; denn das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Gäste vor mir.“ – Die Bibel (Übersetzung Luther), 3. Buch Moses, 25. Kapitel, Vers 20. – Dieser Satz kann auch wie erörtert in weltlicher Weise interpretiert werden.
- 54 Man denke an Brasilien, wo sich bekannterweise Landlose durch den Urwald roden, wobei die dünne Humusschicht des Regenwaldes eine permanente Fortsetzung des Raubbaus notwendig werden läßt.
- 55 Vgl. M.-L. Hauch-Fleck, Revier ohne Raum, in: *Die Zeit*, Nr. 11, 11.3.1988, S. 25-27.
- 56 Entscheidend für den Zugang zu Flächen ist somit das Einkommen aus der Vergangenheit und nicht die Potentiale, mit den betreffenden Flächen ein aktuell hohes Einkommen zu erzielen. Dies ist allokativ äußerst fragwürdig.
- 57 F. Andres, *Grundlagen und Auswirkungen einer Bodenwertsteuer ...*, a.a.O., S. 16.
- 58 Ebenda, S. 14-15.
- 59 Damit bliebe der „Zins“ – in anderer Form – bestehen.
- 60 S. Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung ...*, a.a.O., S. 77 ff.
- 61 J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, a.a.O., S. 190.
- 62 Keynes betont, daß die Liquiditätsprämie des Bodens v.a. in früheren Zeiten ein großes Problem war, J. M. Keynes, ebenda, S. 202. – Der Verfasser hingegen kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß den modernen Autoren dieses Problem lediglich aus dem Blickfeld geraten ist, ohne aber von geringerer Bedeutung als früher zu sein.
- 63 Nicht zufällig liegt in bestimmten Immobiliensegmenten die Mietverzinsung unterhalb des landesüblichen Zinssatzes. – Ohne steuerliche Fördermaßnahmen würde sich der Wohnungsbau aus Rentabilitätsgesichtspunkten kaum lohnen.
- 64 Diese wurde durch das Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 mit Wirkung vom 1.1.1961 als eine besondere Grundsteuer C für unbebaute baureife Grundstücke, die bislang der Grundsteuer B unterlagen, eingeführt. Das Gesetz vom 10.6.1964 hob diese Steuer rückwirkend zum 1.1.1963 wieder auf.
- 65 Vgl. hierzu G. Wöhe, *Betriebswirtschaftliche Steuerlehre*, Bd. 1, 1. Halbband, 6. Aufl., München 1988, S. 455 ff.
- 66 Vgl. J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, a.a.O., S. 190.
- 67 Die Parallelen zwischen Grund und Boden und anderen Ressourcen betont v.a. E. Grimmel, *Geowissenschaftliche Grundlagen eines umweltverträglichen Rohstoffrechts*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 33. Jg., 109. Folge, Juni 1996, S. 3 ff.
- 68 Vgl. die Kritik Keynes' an Gesell in: J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, a.a.O., S. 302. – Glücklicherweise dürften nur wenige Vermögensgegenstände eine deutliche Differenz zwischen Liquiditätsprämie und Durchhaltekosten aufweisen, so daß das Problem technisch in den Griff zu bekommen sein dürfte.
- 69 Hierbei sind nicht nur monopolöide Eigenschaften von Vermögensgegenständen, sondern auch solche durch das positive Recht gesetzten Monopole wie z.B. das Konzessions- und Demarkationssystem des Energiewirtschaftsgesetzes gemeint.

Ist nur die Arbeit zu teuer?

„Unsere Kaufleute klagen oft die hohen Löhne der britischen Arbeit als Ursache an, weshalb ihre Fabrikate auf fremden Märkten unterboten würden; von den hohen Kapitalgewinnen schweigen sie. Sie klagen über den übermäßigen Gewinn anderer Leute, aber von ihrem eigenen sagen sie nichts. Und doch mögen die hohen Gewinne des britischen Kapitals in vielen Fällen ebenso viel und in einigen noch mehr dazu beitragen, den Preis der britischen Fabrikate zu erhöhen, als der hohe Lohn der britischen Arbeit.“

Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen (1776).

Dt. Ausgabe von Horst Claus Recktenwald, München 1974, S. 503.

Ökonomie gegen Ökologie

„Wir sind so von den Regeln der Wirtschaft dominiert, daß wir die Grundlagen unserer eigenen Kultur zerstören. In 40 Jahren gibt es kein Öl mehr, in 60 Jahren kein Erdgas, in 200 Jahren keine Kohle – dann gibt es nur noch die Kernenergie. Damit kommen wir vielleicht noch 100 Jahre weiter, und dann ist der Spuk zu Ende, weil die Ökosphäre ruiniert ist. Jetzt ist die Frage: Kann man diesen Prozeß noch bremsen?“

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr (Träger des alternativen Nobelpreises) in einem Interview mit der Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 11/1995, S. 14).

Dirk Löhr und Johannes Jenetzky

Neutrale Liquidität – Zur Theorie und praktischen Umsetzung

Frankfurt/M. u. a.: Verlag Peter Lang, 1996. 204 Seiten

Freiwirtschaftliche Publikationen wenden sich zu meist an den ökonomisch interessierten Laien. Eine theoretische Weiterentwicklung des freiwirtschaftlichen Ansatzes oder gar der Versuch, die entstandene intellektuelle Lücke zu den Wirtschaftswissenschaften zu schließen, fand nur selten statt.

Das Buch von Dirk Löhr und Johannes Jenetzky läßt hingegen hoffnungsvoll aufhorchen. Die stellenweise sehr theoretische Abhandlung setzt beim Leser tiefere Kenntnisse der ökonomischen Theorie voraus, so daß überwiegend die Wirtschaftswissenschaft als Zielgruppe angesprochen ist. Von besonderem Interesse dürfte dabei die im ersten Teil von Löhr entwickelte *monetäre Theorie der Liquidität* sein – eine Synthese von keynesianischer und postkeynesianischer Kassenhaltungstheorie unter der Verwendung eines modernen portfoliotheoretischen Instrumentariums. Jenetzky prüft im Anschluß, wie die Vorschläge Löhrs zur Neutralisierung der Liquiditätseigenschaften des Geldes und anderer nichtmonetärer Vermögensgegenstände in der bestehenden Rechtsordnung umgesetzt werden können.

In der Neoklassik wird von den Liquiditätseigenschaften des Geldes unzulässigerweise abstrahiert. Liquidität stellt ein öffentliches Gut dar, das für jeden frei verfügbar ist. Löhr weist darauf hin, daß Liquidität von dem Einzelnen als Versicherung gegen Unsicherheiten angesehen wird. Die Liquiditätsprämie ist ein Maß für die allgemeine Unsicherheit und streng von der Risikoprämie in Kapitalmarktmodellen wie dem CAPM zu unterscheiden. Makroökonomisch produziert aber diese Liquiditätspräferenz Unsicherheit. Liquidität ist kein öffentliches Gut, sondern der Wunsch von Wirtschaftssubjekten, Liquidität zu halten, vermindert die Möglichkeiten für andere, liquide Positionen in ihr Portefeuille aufzunehmen. Dies kann zu einem *Lemming-Syndrom* führen, so daß sich die Liquiditätskrise verallgemeinert. Da sich die Wirtschaftssubjekte nur noch kurzfristig am Kapitalmarkt engagieren, ist eine Zunahme der Liquiditätspräferenz mit einer Kreditrationierung am Kapitalmarkt und einem Nachfrageausfall am Gütermarkt verbunden. „*Volks- und einzelwirtschaftlich optimale Liquidität sind nicht mehr miteinander kompatibel.*“ Die Wirkungskette nach Löhr lautet also: „*Aktuelle Liquidität produziert Unsicherheit.*“

Der Angebotspreis für die Liquidität liegt in den produktionstechnischen Eigenschaften liquider Vermögensgegenstände begründet. Diese sind – in Anlehnung an Keynes – eine geringe Produktions- und Substitutionselastizität, geringe Durchhaltekosten sowie Verkehrsfähigkeit. Diese Eigenschaften sind notwendige Voraussetzungen für die öffentlich verlichene Zahlungsmittelfunktion des Geldes. Somit verbindet Löhr auch die produktionstechnische Auffassung von Keynes mit der rechtstechnischen von Hajo Riese, für den lediglich die universelle Güteraneignungsfunktion des Geldes dessen Liquiditätsprämie begründet.

Das von Löhr im Anschluß entwickelte portfoliotheoretische Modell stellt eine Synthese zwischen der keynesianischen und postkeynesianischen Kassenhaltungstheorie, speziell der Spekulationskasse nach Tobin, dar. Löhr kann – ebenso wie Tobin – mikroökonomisch begründen, warum sowohl verzinsliche, aber riskante Wertpapiere als auch unverzinsliche liquide Vermögensgegenstände im Portefeuille gehalten werden. Im Modell von Löhr kann dabei eine Vielzahl von Handlungsalternativen berücksichtigt werden. Umschichtungen im Portefeuille führen zu einem Ausgleich der Eigenzinssätze. Die Eigenzinssätze setzen sich aus dem monetären Ertragnis, der nichtmonetären Liquiditätsprämie und den Durchhaltekosten zusammen.

Obwohl Löhr zumeist die Verwandtschaft mit dem Tobin'schen Modell der Spekulationskasse betont, erinnert sein Modell eher an die monetaristische Theorie der relativen Preise von Milton Friedman, die sowohl als Kassenhaltungstheorie als auch als monetärer Transmissionsmechanismus interpretiert werden kann. Ein Hinweis auf die monetaristische Theorie findet sich dagegen nur einmal. Friedmans Theorie geht ebenfalls von einem Ausgleich der Eigenzinssätze aus, wobei er den Aspekt vernachlässigt, daß ab einem gewissen Grad der Geldversorgung die nichtpekuniären Renditen der liquiden Kassenhaltung langsamer fallen als die Renditen verzinslicher Aktiva. Der monetäre Transmissionsmechanismus in den realen Sektor der Volkswirtschaft wird in seiner Funktionsweise gestört.

Eine „*Stabilisierungspolitik ohne den Versuch eine Verstetigung der Liquiditätsneigung bzw. Nachfragebereitschaft*“ ist nach Löhr kaum möglich. Um die negativen externen Effekte der Liquiditätspräferenz zu internalisieren – und gleichzeitig eine optimale individuelle und gesamtwirtschaftliche Ausstattung mit Liquidität zu gewährleisten – reichen die zahlungsunwirksamen Opportunitätskosten der Kassenhaltung nicht aus. Die Internalisierung nach dem Verursacherprinzip erfordert eine Kompensierung der Liquiditätsprämie in Form von Durchhaltekosten.

Canz im Sinne von *Keynes*, der in seiner „*Allgemeinen Theorie*“ nicht dem Denken in Bargelddimensionen verhaftet blieb, bekennt sich *Löhr* zum sogenannten Liquiditätskonzept, d.h. daß auch die verschiedenen Einlagenkategorien Liquiditätspositionen darstellen, die sich nur graduell vom Bargeld unterscheiden. Trotzdem analysiert *Löhr* die Folgen einer Liquiditätsabgabe im Rahmen des Geldbasiskonzeptes ebenso wie Forderungen nach der Einführung der 100%-Regel. Seine Argumentation und die Herausarbeitung der Nachteile gegenüber dem Liquiditätskonzept sollten alsbald zu einem Abschluß dieser leidigen Debatte innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung führen.

Für die technische Ausgestaltung der Liquiditätsabgabe empfiehlt *Löhr* die Belastung der einzelnen Einlagenkategorien entsprechend ihrer Bindung von Zentralbankgeld. Der Einzug der Liquiditätsabgabe erfolgt dann aufgrund der gehaltenen Barreserve der Banken, die die Belastung verursachungsgerecht auf die einzelnen Konten überwälzen. Es wäre sogar denkbar, von der Mindestreservepflicht Abschied zu nehmen, gleichwohl aber den institutionellen Rahmen der Mindestreservevorschriften zur Bestimmung der Bemessungsgrundlage zu verwenden. Die Höhe der Liquiditätsabgabe könnte sich an der Zinsstrukturkurve orientieren, die nach der Neutralisierung der Liquidität eine horizontale Form aufweisen sollte.

Die Liquiditätseigenschaften nichtmonetärer Vermögensgegenstände werden ebenso thematisiert. Diese waren die Ursache für die Ablehnung der *Gesellschaftlichen* Liquiditätsabgabe durch *Keynes*, der eine Vielzahl potentieller Konkurrenten für das Geld sah. *Löhr* verweist jedoch darauf, daß als weitere notwendige Eigenschaft des Geldes seine Allgemeinheit angesehen werden muß. Aus diesem Grund etablierte sich z.B. nach dem Zusammenbruch der Reichsmark keine Gold-, sondern eine Zigarettenwährung. Von daher ist es nach *Löhr* unwahrscheinlich, daß Geldfunktionen durch andere liquide Aktiva übernommen würden. Allerdings können solche Vermögensgegenstände – wie z.B. Grund und Boden, Patente und andere Güter mit Monopolcharakter – durchaus den beabsichtigten Zinssenkungsprozeß unterlaufen, indem der Transmissionsmechanismus unterbrochen wird und weitere Zinssenkungen der anderen Aktiva durch Arbitrageprozesse hin zu diesem Vermögensgegenstand verhindert werden. Eine konsequente freiwirtschaftliche Reform müßte logischerweise auch diese Aktiva umfassen. Mit der Annahme der Allgemeinheit des Geldes negiert *Löhr* implizit die Möglichkeit eines *Black-Fama-Hall-Systems*, bei dem potentiell alle Vermögensgegenstände als Zahlungsmittel verwendet werden können. Der monopoloiden

Charakter des Geldes würde verschwinden, da alle anderen Aktiva ebenso liquide sind.

Abschließend bleibt zu sagen, daß das Buch von *Löhr* und *Jenetzky* innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung zu einem Klärungsprozeß strittiger Fragen wie z.B. Geldbasis- vs. Liquiditätskonzept oder 100%-Regel beitragen könnte. In der Wirtschaftswissenschaft wäre eine Wiederaufnahme der Diskussion um die Liquiditätseigenschaften des Geldes zu befürworten. Daß diese abgebrochen wurde, weil Liquiditätsfallen empirisch nicht nachgewiesen werden konnten, war sicherlich zu voreilig. Die Neutralisierung der Liquidität in Form von Durchhaltekosten stellt – überspitzt ausgedrückt – eine Synthese zwischen neoklassischer Theorie und ökonomischer Realität dar: Die Wirtschaftswirklichkeit würde einer bislang vollkommen unrealistischen Prämisse der neoklassischen Theorie angepaßt werden.

Norman Ehrentreich

Das Buch „*Neutrale Liquidität*“ von *Dirk Löhr* und *Johannes Jenetzky* ist im wesentlichen eine Arbeit von *Dirk Löhr*, dessen Anteil, wenn man die Seitenzahlen zugrunde legt, runde 90 Prozent ausmacht. *Johannes Jenetzky* beschäftigt sich in zwei Kapiteln nur mit den rechtlichen Hintergründen und der grundsätzlichen (politischen) Durchsetzbarkeit der von *Dirk Löhr* theoretisch durchleuchteten Ansätze zu einer Geldreform. Autor und Co-Autor kooperieren so, auch wenn sie in einigen Punkten, speziell bei der Frage „*Abhängigkeit oder Unabhängigkeit eines Währungsamtes*“, unterschiedliche Meinungen vertreten (vgl. Vorwort S. 7).

Im wesentlichen läuft die Arbeit auf eine Untersuchung der Vor- und Nachteile a) des „*Geldbasiskonzeptes*“ und b) des „*Liquiditätskonzeptes*“ einer Geldreform hinaus. Trotzdem ist dieses Buch weit mehr: nämlich der Versuch, einen bisher reinen Insider-Streit zwischen verschiedenen Gruppen in der Freiwirtschaftslehre mit den anerkannten Begriffen, dem Instrumentarium und in der Sprache der ökonomischen Schulwissenschaft zu führen und zu entscheiden bzw. im Sinne eines modernen Polit-Beratungsansatzes Entscheidungskriterien zu liefern. Dieser Versuch scheint mir gelungen, auch wenn man sich über viele Detailaussagen und -prognosen durchaus streiten könnte.

Die Stärke des Buches ist, daß hier ein ausgewiesener Kenner sowohl der freiwirtschaftlichen Theorie als auch der an den Hochschulen etablierten volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen eine Zusammenführung sehr unterschiedlichen Gedankengutes angeht. Über das Ergebnis mag man sich vielleicht streiten, aber der Versuch selbst scheint mir ein Meilenstein wissenschaftlicher Arbeit zu sein. Von da-

her kommt mir *Dirk Löhrs* Aussage im Vorwort nicht ganz passend vor, daß er sich nicht der Illusion hingebe, „... daß die Wissenschaft plötzlich ihren alten Stil ändern wird“ (S. 7). Gemeint ist hier im Kern die bisherige Ablehnung bzw. die Ignorierung des freiwirtschaftlichen Ansatzes durch die meisten an den Hochschulen etablierten Ökonomen. Da mutet es auf der anderen Seite sehr harsch und fast vermessen an, wenn *Dirk Löhr* im gleichen Vorwort die „Wissenschaftler“ auffordert, „entweder die der Theorie zugrundeliegenden Unrichtigkeiten nachzuweisen oder aber die Theorie anzuerkennen“.

Zur eigentlichen Arbeit des Autors: Nach einer ausführlichen Untersuchung von „Liquidität“, die er nach allen Regeln der Kunst, sprich mithilfe des einschlägigen Ökonomie-Instrumentariums analysiert, geht er in einer Serie weiterer Kapitel der Frage nach, ob sich eine erfolgreiche Reform bestehender Geldsysteme besser durch eine Neutralisierung der Liquiditätsprämie von Liquiditätspositionen allgemein oder aber nur der der Geldbasis allein bewerkstelligen ließe. Hierzu sei kurz gesagt: Geldbasis meint im Kern Noten und Münzen bzw. den Bargeldbegriff der Freiwirte. Letzterer ist somit fast identisch mit dem Geldbasisbegriff der Monetaristen. Das Liquiditätskonzept bezieht dagegen weitere Geld- bzw. Liquiditätspositionen ein: im Grunde alles, was sich mehr oder weniger schnell liquide machen läßt bzw. liquide Mittel bietet und deren Liquiditätsprämie die eigenen Durchhaltekosten übersteigt. Bar- plus Giralgeld wäre davon nur eine Teilmenge. Soll also nur die Liquiditätsprämie der Geldbasis oder aber die von Liquidität generell neutralisiert werden?

Dirk Löhr kommt zu dem Resümee, prägnant in wenigen Schlußseiten (S. 187-189) beschrieben, daß beide Ansätze langfristig das gleiche Ergebnis, nämlich einen „Nullzins“, bringen würden, daß aber das Liquiditätskonzept insgesamt griffiger wäre. Er belegt das mit einer Reihe von detailliert begründeten „Vorzielen“ des Liquiditätskonzeptes. *Löhr* kommt als einer von eher wenigen Autoren der Freiwirtschaftsszene zu dem (Detail-)Schluß, daß das Problem einer (möglichen) Kapitalflucht besonders bei der Umsetzung des Liquiditätskonzeptes nicht so gravierend wäre wie viele Anhänger des *Gesell'schen* Grundkonzeptes oft vermuten bzw. befürchten. „Das Problem der Kapitalflucht wird nicht so heiß gegessen wie es gekocht wird“ (S. 188).

Man mag über sein Resümee und eine Reihe von Detailprognosen und -begründungen geteilter Meinung sein. Was sie trotzdem so interessant und lesenswert macht, ist die Tatsache, daß *Dirk Löhr* mit seinen theoretischen Aussagen selbst die Möglichkeit liefert, diese zu überprüfen. Auch das ist Wissenschaft im besten Sinne des Wortes! Ich frage

mich allerdings, warum sich der Autor quasi selbst außerhalb der „Wissenschaft“ plaziert, wenn er doch Wissenschaft par excellence vorexerziert! Stecken da besonders negative Erfahrungen mit der „Schulwissenschaft“ dahinter? Freilich ist das Buch für Nicht-Ökonomen nicht leicht lesbar, weil eine Reihe von Fachbegriffen – speziell zu Elastizitäten – vorausgesetzt werden, denen man zudem mit dem nicht sehr ausdifferenzierten Register im Anhang meist nicht systematisch im Text nachspüren kann – so jedenfalls meine Erfahrung.

Trotzdem sind speziell für – meist ja nicht fachwissenschaftlich ausgebildete – Vertreter der Freiwirtschaftslehre einige Leckerbissen in dem Buch zu finden. Allerdings dürften diese für manche aufgrund der inhaltlichen Aussagen schwer zu schluckende Happen sein wie zum Beispiel *Löhrs* Exkurs zu einer 100%-Mindestreserve, die er ablehnt (S. 117 ff), oder seine Ausführungen zu einer „richtigen Gelddefinition“, die er festmacht an der „Zweckmäßigkeit“ eines Begriffes (und damit allen reinen Umlaufstabilisierern bzw. Bargeldanhängern der freiwirtschaftlichen Schule, ohne sie beim Namen zu nennen, eine indirekte, aber doch klare Antwort gibt (S. 20 f). *Löhr* schießt seine Argumentationspfeile auch sonst in Richtung Freiwirtschaftslehre bzw. deren „mainstream“ oder „Orthodoxie“ ab (so auf S. 91 in Sachen Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken und auf S. 37 in Sachen Bargeldhortung und Krisen). Amüsant zum Teil seine Ausführungen zu *J.M. Keynes*, auf den er sich wesentlich stützt, den er aber auch hart kritisiert („Der Irrtum von Keynes“, S. 163 ff) und dem er „eine gewisse intellektuelle Unredlichkeit“ vorwirft (S. 19). Mit diesem Vorwurf ist *Löhr* nicht der erste, aber er begründet dies von einer neuen Seite her.

Dirk Löhr hat in diesem Buch versucht, eine Brücke zu schlagen zwischen der „neoklassischen Modellwelt“ und der von ersterer offenkundig abweichenden „Wirtschaftsrealität“. Dabei baut er auf freiwirtschaftliche Inputs, die sozusagen die Prämissen des neoklassischen Modells in einer anderen, noch zu schaffenden Wirtschaftspraxis dann als richtig erscheinen lassen. Der Brückenschlag in Ehren: er ist clever und bestechend. Aber: Ich sehe nicht, was Neoklassiker bewegen könnte, die Brücke auch zu betreten. Denn bei den meisten von ihnen herrscht ein anderer Geist als bei *Löhr & Co*. Ich will es so formulieren: *Dirk Löhr* hängt einem aktiven Gestaltungsgedanken an. Die Neoklassiker wollen dagegen, was Grundlagen angeht, nur Bestehendes erklären und somit (anscheinend Naturgegebenes) letztlich rechtfertigen (auch wenn es leider bisher nicht so ganz mit ihrer Modellwelt übereinstimmt). Sie wollen also gerade nicht Grundsätzliches in Frage stellen. Das tut aber *Löhr*, genau begründet und dabei mit dem Instrumentarium der Neoklassiker

operierend. Seinen Ansatz bzw. Versuch halte ich für brillant. Das Ergebnis des Versuches aber wird den Wünschen des Autors, wie er selbst wohl befürchtet und mehrmals anklingen läßt (S. 7 und 189), kaum entsprechen. Jedenfalls nicht kurzfristig. Langfristig könnten die Aussagen *Löhrs* (und *Jenetzky's*, der rechtliche Probleme und Gestaltungschancen untersucht und auch einige traditionelle freiwirtschaftstheoretische Positionen differenziert betrachtet, Beispiel Mütter-/Kinderrente S. 184f) noch einige praktische Bedeutung gewinnen. Vielleicht ist es ein „Fehler“ der beiden Autoren, die Grundmodelle der etablierten Ökonomen nicht radikal in Frage zu stellen bzw. den etablierten Ökonomen so weit und mit dieser Modell-Eleganz entgegenzukommen. Wahrscheinlich fühlen diese sich dadurch, wenn sie die Arbeit überhaupt lesen, nur bestätigt (ohne gleichzeitig die kreativen Inputs von *Löhr* zu bemerken, geschweige denn sie wirklich zu würdigen und näher zu untersuchen?!). Aber der Versuch zum – theoretisch gelungenen – Brückenschlag war notwendig. Vielleicht zeigt er ja mittel- und langfristig doch noch einmal Ergebnisse. Von jedem Versuchsergebnis kann man lernen. Auch diejenigen, die sich hier die diffizile Arbeit selbst nicht gemacht haben, sondern nur Details der Arbeit nachlesen wollen!

Franz X. Laxy

Stephan Schmidheiny und Frederico Zorraquin

Finanzierung des Kurswechsels – Die Finanzmärkte als Schrittmacher der Ökoeffizienz

München: Verlag Vahlen, 1996. 280 Seiten.

Irgendwann merkte König *Midas*, daß seine Fähigkeit, alles was er berührte in Gold zu verwandeln, auf die Dauer tödlich war. In der heutigen Wirtschaft gibt es ermutigende Anzeichen für einen ähnlichen Bewußtseinswandel. Dort wächst die Erkenntnis, daß das Thema „Umwelt“ nicht nur PR- und werbewirksam ist, sondern daß ein schonender Umgang mit der Natur auch einen wichtigen Kosten- und Ertragsfaktor darstellt. Das gesteigerte Umweltbewußtsein der Unternehmen ist bereits eine Folge vom geänderten Verbraucher- und Aktionär-Verhalten, Druck der Öffentlichkeit und gesetzlichen Umweltauflagen. Die umweltgerechte Produktion steigert die Ökoeffizienz und wirkt sich langfristig positiv auf die Gewinnsituation aus. Diese Bewußtseinsänderung aus Eigennutz erreicht allmählich auch die Finanzwelt der Bankiers, Versicherer, Rating-Agenten und Investoren, deren Gewinne von der Ertragslage des Unternehmenssektors mitbeeinflusst werden. Die Industrienationen sind zwar noch weit entfernt von dem Ziel eines „*sustainable development*“ (Rio-Konferenz 1992), aber die Anzei-

chen für eine Reaktion der Wirtschaft und der Finanzmärkte auf diese von der Politik vorgegebene Zielsetzung sind günstig. Durch eine entsprechende Monetarisierung der Umwelt, z. B. durch Einführung von marktwirtschaftlichen Instrumenten zur Preisbildung von Ressourcen und Internalisierung der externen Effekte nach dem Verursacherprinzip, läßt sich der Zielkonflikt Ökonomie vs. Ökologie lösen.

Das sind die Kernaussagen des „*besorgten Optimisten*“ (Selbstbezeichnung in einem „Spiegel“-Interview) und schweizerischen Milliardärs *Stephan Schmidheiny* in seinem Buch „*Finanzierung des Kurswechsels*“, das er zusammen mit *Frederico Zorraquin* und unter Mitwirkung des *World Business Council for Sustainable Development* verfaßt hat.

Der Titel „*Finanzierung des Kurswechsels*“ ist irreführend. Die Frage, wer die zusätzlichen, nicht unerheblichen Kosten des Produktionsfaktors Umwelt/Natur in der Zukunft letztendlich tragen sollte, wird nicht diskutiert. Zu welchen Einbußen wird die erforderliche Erhaltung der natürlichen Ressourcen führen, sind wir dazu bereit und werden wir gesamtwirtschaftlich unseren Lebensstandard erhalten oder sogar noch steigern können? Welche Gruppe (Arbeitnehmer, Konsumenten, Unternehmer, Arbeitslose, Bezieher arbeitslosen Einkommens) wird am meisten zur Finanzierung beitragen müssen? Unbeantwortete Fragen, die einem spontan zum Titel dieses Buches einfallen. Auch der Untertitel des Buches „*Die Finanzmärkte als Schrittmacher der Ökoeffizienz*“ deckt keineswegs die Aussage der Verfasser, die zum Schluß nur eine unterstützende Rolle der Finanzmärkte nicht ausschließen wollen.

Das Buch setzt sich leider nur am Rande auf theoretischer Ebene mit dem Thema Umwelt und Finanzwelt auseinander. Es ist vielmehr eine Bestandsaufnahme des aktuellen Meinungsbildes und der Praxisansätze vieler Unternehmen und Finanzinstitute aus aller Welt. Der Glaube an das Wachstumsziel – allerdings unter umweltverträglichen Bedingungen – wird von den Verfassern nicht in Frage gestellt. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob Wirtschaftswachstum überhaupt noch realistisch ist, wenn man „*sustainable development*“ definiert als Erfüllung der gegenwärtigen Bedürfnisse, ohne die der Zukunft zu beeinträchtigen. Wenn wir die heutige Ausstattung der Umwelt und die natürlichen Ressourcen für die zukünftigen Generationen wenigstens erhalten wollen, werden wir um die Frage des Wirtschaftswachstums nicht herumkommen und damit auch um die Frage nach dem Wachstumszwang im realen Bereich, der auch die heutige Ausgestaltung des monetären Systems initiiert wird.

Eine interessante Meinung eines in diesem Buch zitierten Interviewpartners eines multinationalen Unternehmers aus Großbritannien wird kommentarlos

übergangen: „Das Trachten nach wirtschaftlichem Wachstum, wie es die nationalen und internationalen Finanzinstitute verlangen, ist eine wesentliche Ursache für die Ausbeutung der Umwelt wie der Menschen.“ Nullwachstum sei – so die Verfasser – sozial nicht verträglich und steht damit nicht zur Diskussion. An einer anderen Stelle wird die Auswirkung des Geldsystems nur gestreift. Die Verfasser zitieren zwar z. B. die Modellrechnung des Wissenschaftlers *Colin Clark* aus 1976, in der er nachweist, daß es – bedingt durch die Verzinsung des Geldes – ökonomisch günstiger ist, den Gesamtbestand der Blauwale auf einmal zu fangen und damit auszurotten und den Ertrag verzinslich anzulegen, als einen „nachhaltigen“ Walfang mit Erhalt des Bestandes zu betreiben. Das Zinsproblem aber – so die Autoren an anderer Stelle – sei eben Ausdruck der Höhereinschätzung des Heutigen gegenüber dem Zukünftigen und mit marktwirtschaftlichen Lösungen nicht zu therapieren.

Die Autoren verzichten damit auf ein kritisches Hinterfragen der grundlegenden Mechanismen des Geldsystems. Ohne Neustruktur des monetären Bereichs bleibt die ökologisch notwendige Kurskorrektur im realen Bereich Makulatur und gleicht eher einer Kursanpassung auf dem Weg zum Abgrund.

Fazit: Ein wenig aufregendes Buch eines Beraters am Hofe des Königs *Midas*, der sich nicht traut, seinem Chef zu sagen, daß nur eine radikale Umkehr ihn von seiner gewinnbringenden, aber tödlichen Krankheit erlösen kann.

Hugo Godschalk

Bernd Senf

Die Wiederentdeckung des Lebendigen

Frankfurt/M.: Zweitausendeins, 1996. 404 Seiten.

Die sozialen, politischen und ökologischen Krisen der Gegenwart verdichten sich zu einem Zerstörungsprozeß, der sich anscheinend kaum noch aufhalten läßt. Eine ehrliche und radikale Diagnose wird sich kaum der Erkenntnis verschließen können, daß die Existenz des gesamten Lebens auf dem blauen Planeten bedroht ist. Umso dringlicher erscheint eine Aufarbeitung von Wissen, das in der Vergangenheit immer wieder ausgegrenzt wurde und das zur Überwindung der Krisen beitragen könnte; das Wissen um die Funktionsgesetze des Lebendigen und der ihm zugrundeliegenden Lebensenergie.

„So vielfältig und unterschiedlich die Ebenen sind, auf denen sich die Zerstörungsprozesse vollziehen, so sehr läßt sich doch auf ganz erstaunliche Weise eine gemeinsame Wurzel für sie finden, ohne deren Verständnis es keine tiefgreifenden Heilungsprozesse geben kann. Die

Wurzel liegt in der chronisch gewordenen Erstarrung des Lebendigen. Der gemeinsame Schlüssel für Heilungen der verschiedenen Art liegt demnach in der Auflösung oder Vermeidung von Erstarrungen, ... in der Befreiung der Lebensenergie aus ihren Blockierungen in uns, zwischen uns und in der übrigen Natur. Die Lösung (der Blockierung) ist die Lösung!“ Zu dieser These kommt *Bernd Senf*, der sich seit 25 Jahren auf Spurensuche im Bereich der Lebensenergie-Forschung befindet, in seinem Buch „Die Wiederentdeckung des Lebendigen“. Und er trägt eine Fülle von Erkenntnissen zusammen, die diese These belegen.

Das Fließen, Wirbeln, Schwingen und Pulsieren sind grundlegende Eigenschaften der Lebensenergie, und wo sie gestört werden, wird das Leben krank oder stirbt ab. Umgekehrt lassen sich durch die Wiederherstellung dieser natürlichen Funktionen Heilungsprozesse in Menschen und in der übrigen Natur anregen, die ohne das Wissen um Lebensenergie unmöglich erscheinen.

In liebevollen und spirituell verwurzelten Gesellschaften war das Wissen um die kosmische Lebensenergie – wie archäologische und ethnologische Spuren belegen – schon einmal vorhanden. Warum kam es dann zur Ausbreitung von Gewalt und Verschüttung dieses Wissens? Auch davon handelt das Buch von *Bernd Senf*. Unter der Auswertung neuester Forschungsergebnisse zeigt er auf, wie – zeitgleich mit der Entstehung großer Wüsten vor sechstausend Jahren – die Gewalt in die menschliche Gesellschaft einbrach und sich seither in mehreren Wellen über die ganze Erde ausgebreitet hat. Und wie sie heute in verschiedenen Formen struktureller Gewalt tief verankert ist und der Entfaltung des Lebendigen entgegensteht: in der Struktur der Ökonomie, der mechanistischen Wissenschaft, der Technologie der Naturbeherrschung – und in der Erziehung zur emotionalen Blockierung.

Red.

Johannes Heinrichs

Ökologie – Tiefenökologie als strukturelle Naturphilosophie

Frankfurt/M.: Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 1997. 304 Seiten.

Naturphilosophie wird hier als Ergründung der Natur-Mensch-Beziehung von einem anthropologischen Ansatz her verstanden. Die Tiadik von Körper-Seele-Geist verbindet sich mit einem vierstufigen Modell des Handelns und der Reflexivität. Beide Grundstrukturen erweisen sich als vereinbar mit einer siebenphasigen Prozeßtheorie. Das strukturelle Denken verbindet einerseits mit der Mathematik, weist diese andererseits in ihre Schranken als

Logik bloß der Körperwelt. Daneben entstehen die Fragen nach einer spezifischen Geist- und Seelenlogik. Die analogische Einheit dieser drei Logiken liegt in „harmonikalen“ Beziehungen, wovon die Musik das Musterbeispiel liefert. Zahlreich sind die Folgerungen für konkrete ökologische Aufgaben sowie für eine Pädagogik naturgemäßer Ganzheit.

Aus dem Inhalt: Ökologie des Denkens · Triadische Anthropologie statt abendländischem Dualismus. Moderne Sinnelemente und antike Naturelemente · Die Triade des Logischen: Harmonikales Denken. Systemlogik des Sozialen · Phänomenologie der Naturbeziehung · Einüben statt Moralisieren.

Red.

Wolfgang Harsch

Die psychoanalytische Geldtheorie

Frankfurt/M.: Fischer Verlag, Reihe Geist und Psyche, 1995. 251 Seiten.

Serge Vidermann

Die Psychoanalyse und das Geld

Frankfurt/New York: Campus Verlag, Edition Pandora, 1996. 202 Seiten.

Zwei Bücher sind anzudeuten, die das Bewußtsein von Geld aufklären wollen. Das ist nötig, weil immer mehr Bereiche unseres modernen Lebens vom Geld erfaßt und durchdrungen werden. Das Geld wird zum „Maß aller Dinge“. Es verdrängt den Menschen von diesem Platz, den er zurückgewinnen muß.

Die Psychoanalyse, in deren Tradition die Autoren der beiden hier zu besprechenden Bücher stehen, ist umstritten und vielfach totgesagt. Aber das wird langsam zu ihrem Qualitätsmerkmal, denn sie behauptet weiterhin ihre Stellung und vermag sie sogar auszubauen. Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Sozialwissenschaften ist gewachsen, sie ist auch aus der Literatur- und Geschichtswissenschaft, der Politik und selbst der Wirtschaft als Medium zur Erklärung menschlichen Verhaltens nicht mehr wegzudenken. Sie bleibt unverzichtbar bei dem „Versuch, die Welt besser zu bestehen“, um einen bekannten Titel von *Alexander Mitscherlich* zu zitieren.

Es ist deshalb naheliegend, daß sich die Psychoanalyse auch beim Thema Geld zu Wort meldet, erhebt sie doch – nicht ganz zu Unrecht – den Anspruch, den *Königsweg* weisen zu können zu einem selbstbeherrschten und selbstbewußten Dasein, befreit von der Fremdbestimmung – hier des Geldes – und der Macht des die Willensfreiheit einschränkenden Unbewußten. *Sigmund Freuds* Leitwort „*Wo Es war*“ – das Unbewußte – „*soll Ich werden*“ – das Bewußte, ist der Wegweiser zum Ziel. Das Unbewußte ins Bewußtsein heben, es schrittweise aufklären, be-

deutet nicht, das Unbewußte zu neutralisieren, sondern beide zu einer fruchtbaren Spannung zu führen, aus der Entscheidungsfreiheit und Energie zum schöpferischen Handeln wachsen. Das sind Stufen zur Humanität, zur Höherentwicklung des Menschen.

Wolfgang Harsch greift in seinem Buch „*Die psychoanalytische Geldtheorie*“ einen Begriff auf, den, wie er schreibt, erstmals der amerikanische Kulturhistoriker *N. O. Brown* (1959) verwendet hat. „*Unter der psychoanalytischen Geldtheorie soll im folgenden eine Theorie verstanden werden, die von der durch Freud entdeckten unbewußten Gleichung Geld/Gold = Kot ausgeht*“ (S. 11). Die *Freudsche Gleichung* blieb ein Geheimtip. Der Autor entreißt sie dem Vergessen und will damit einen Beitrag zum besseren Verständnis der Geldwirtschaft leisten. Dabei schreibt er allgemeinverständlich, so daß auch der gebildete Laie mühelos seiner fundierten Analyse folgen kann.

Harschs Grundthese: *Aus der frühen Mutter-Kind-Beziehung des Gebens und Nehmens und den dabei entwickelten Triebregungen entwickelt sich das ökonomische Verhalten des Menschen.* In seiner Arbeit „*Charakter und Analerotik*“ (1908) hat *Sigmund Freud* seine Entdeckung der Beziehung zwischen Kot und Geld veröffentlicht. Das Kind erlebt eine Lustempfindung im Bereich der analen Zone, die gesteigert werden kann, wenn der Kot zurückgehalten wird. *Wolfgang Harsch*: „*Der Kot wird zum autoerotischen Reizkörper, von dem sich das Kind nur ungern trennt*“ (S. 49). „*Die psychoanalytische Erfahrung zeigte Freud, daß zwischen dem Komplex der Defäkation (der Stuhlentleerung, d. V.) und dem Komplex des Geldinteresses ein Zusammenhang besteht*“ (S. 50). *Freud* kommt über diese Erkenntnis zu einer Deutung des Geizes.

Erwähnt wird, daß *Freud* vermutlich zu der Rolle von Kot als erstem Geschenk des Kindes an die Mutter durch ethnographische Studien gelangt ist. So leitete z. B. der Ethnologe *M. Mauss* das Geld von Geschenken und damit auch von Opfergaben ab. Vom Kot als erstem Geschenk könne die Verbindung zum Kot als erstem Opfer, zum Kot als erstem Tausch- und Zahlungsmittel und zum Kot als erstem Äquivalent zum Geld gezogen werden (vgl. S. 60).

Interessant ist, daß die „*Freudsche Linke*“, die eine Integration von Marxismus und Psychoanalyse versuchte – u. a. *Reich, Bernfeld, Fromm* – es unterließ, die *Freudsche Gleichung Geld = Kot* aufzugreifen und weiterzuführen, wohl weil für sie das Geld an sich kein Ansatzpunkt zur Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft war. Das Geld wird als Sache der Ökonomie betrachtet und als Produkt der Entwicklung auf einer bestimmten Produktionsstufe (vgl. S. 105 f). *Bornemann* haut in die gleiche Kerbe: „*Die Analerotik hat ihre spezifischen Gesetze, der Kapitalismus hat*

andere ... Jedwede Gleichsetzung von Analität und Geldinteresse ist deshalb sorgfältigst zu vermeiden“ (S. 129). Das ist für einen Marxisten konsequent gedacht, wird doch durch die *Freudsche Gleichung* und ihre Begründung die Erziehbarekeit des Menschen durch die Produktions- und Tauschverhältnisse im realen Sozialismus infrage gestellt. Der Autor beharrt demnach auch auf seiner These, „daß sich das Kapitalwachstum oder die Kapitalvermehrung unbewußt auf das infantile Wachstum mit Hilfe und auf Kosten der Mutter zurückführen läßt“. Das Kind gibt für die Milch der Mutter seinen Kot als Tausch (vgl. S. 129).

Harsch sieht das in der Stillphase zwischen Kind und Mutter herrschende Lustprinzip auch bei der ökonomischen Betätigung des Menschen fortgesetzt, falls das sich entwickelnde Realitätsprinzip zu keiner Absetzung des Lustprinzips führt. In der *infantilen Ökonomie* zwischen Mutter und Kind ist der Austausch der Leistungen noch nicht ausgeglichen. Die Mutter gibt mehr als sie bekommt. Akt der Erziehung ist es nun, diesen Austausch immer mehr zu einem Gleichgewicht zu führen, das dem Realitätsprinzip entspricht. Doch kann beim Kind der regressive Wunsch erhalten bleiben, die *infantile Ökonomie* wiederherzustellen, wo es mehr bekam als es geben mußte. Hier sieht der Autor den Markt als pädagogische Provinz, wo der infantile Marktteilnehmer unter dem Druck der Konkurrenz folgen muß, sein Pensum an gerechtfertigten Gegenleistungen zu erbringen.

Seiner psychoanalytischen Betrachtung und Wertung entzieht der Autor kaum ein Thema, wenn er z. B. auch die „*Psychoanalytischen Aspekte des Wucher- und Kaufmannskapitals*“ untersucht. Er regt an: „*Es müßte untersucht werden, wo und bis zu welchem Punkt der Wunsch nach Wachstum und Gewinn angemessen und möglich ist und wo es sich um einen Infantilismus handelt ...*“ (S. 241). Das infantile Mutter-Kind-Verhältnis vor Augen plädiert er für ein Erwachsenwerden auch der „*Mutter Natur*“ gegenüber, eingedenk des Ausspruchs von *Sigmund Freud*, wonach der Mensch nicht ewig Kind bleiben könne.

Ein Dilemma wird deutlich, wenn der Autor einerseits den Menschen befangen sieht in der *infantilen Ökonomie* der frühen Mutter-Kind-Beziehung, mehr oder weniger geläutert durch das Realitätsprinzip, andererseits aber auch nicht verkennt, welches Mißbrauchs- und Bereicherungspotential in den Möglichkeiten einer entwickelten kapitalistischen Geldwirtschaft steckt. Ist der Mensch für den Mißbrauch des Geldes prä-disponiert? Muß man das Geld ändern, wenn man den Menschen nicht ändern kann und will? Der Autor umkreist die Wahlmöglichkeiten, indem er auch auf *Keynes* abhebt und dessen Forderung nach einem „*sanften Tod des Kapital-*

d.V.) Rentners“ (S. 249). Angesichts der beherrschenden Position des Geldes wird, wenn auch nur beiläufig, eine Alternative sichtbar: „*Eine Lösung des Geldes vom verdrängten Kot und vom Kotsubstitut Gold wird vermutlich nicht möglich sein, ohne das herkömmliche Geld als solches aufzuheben*“ (Hervorhebung von mir, d.V.; S. 247 f). Eine von der Freiwirtschaftsschule schon lange vertretene Ansicht, der eine Bestätigung immer wieder gut tut. Haben sich die freiwirtschaftlichen Reformen bereits als evolutionsgerecht erwiesen (vgl. z. B. *Peter Kafka*, „*Das Grundgesetz vom Aufstieg*“), so halten sie offenbar auch einer Psychoanalyse stand.

Als Menetekel an der Wand erscheint im Schlußsatz des Buches der Mythos von *Dädalus* und seinem Sohn *Ikarus*. Die weise Selbstbeschränkung des Vaters obsiegt, während der Sohn an seiner die Grenzenlosigkeit suchenden Lust zugrunde geht. Als Psychoanalytiker sieht Harsch den Menschen eingebunden in seine psychische Gesamtsituation und damit in ständiger Auseinandersetzung mit dem Realitätsprinzip, das immerwährend auch die Begrenztheit und Vagheit menschlichen Handelns offenlegt, die Selbsterstörung eingeschlossen.

Die Strukturen müssen geändert werden, wenn der Mensch über sein Handeln mehr Humanität gewinnen soll. Konkret gesprochen: Die *anthropologischen Konstanten* dürfen nicht gelehrt, die Menschen nicht moralisch überfordert werden. Diese *anthropologische Wende* hin zum konkreten Menschen verlangt als strukturelle Stütze, das Geld vom Herrscher zum Vermittler zu degradieren. Das ist die Botschaft der *psychoanalytischen Geldtheorie*. —

Legt *Wolfgang Harsch* ein gewichtiges Studienbuch vor, so sind es bei *Serge Videman* eine Reihe geistvoll-provokanter Essays, die, unabhängig voneinander zu lesen, unter dem Titel „*Die Psychoanalyse und das Geld*“ zu einem Buch vereinigt sind. Trotzdem bleibt es auch weitgehend ein Sachbuch, da das Geld und die Beziehungen des Menschen zur Sache Geld durchscheinen. Es ist kein grundlagen-theoretisches Buch, wie das oben besprochene, was wohl vom Autor auch nicht beabsichtigt war. Die Sachausagen zum Geld sind immer eingebettet in philosophisch-literarische Betrachtungen, die den weiten Bildungshorizont des Autors erkennen lassen, wobei die Lust am Formulieren der Lust zum Lesen zugeht.

Die Übersetzung aus dem Französischen merkt man dem Text wenig an. *Videmann*, bereits 1991 verstorben — er hat den Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus noch erlebt —, war beruflich gleichfalls Psychoanalytiker. Das Inhaltsverzeichnis zeigt seine Schwerpunkte u. a.: Die ökonomische Welt bei Marx. Vom Wert bei Marx. Das Geld ist mein

Nächster. Das Geld in der Bibel. Über mir gibt es nur mich. Die Juden und das Geld, usw.

Vidermann ist kein Anbeter *Freuds* und auch ein Kritiker seiner Zunft, was dem fortschreitenden Interesse des Lesers nur dienlich ist, formt sich bei ihm doch ein eigener Standpunkt und wird ein vorhandener herausgefordert. Die Nähe zum Marxismus hindert den Autor nicht an einer Fundamentalkritik, das Sowjetsystem eingeschlossen. Diese ideologische Nähe ist ihm aber auch Anlaß, den analarzißischen Charakter nach der *Freud'schen Gleichung* als nicht nur entwicklungsbedingt anzusehen (s. o. bei *Harsch*), sondern auch als Produkt familiärer und gesellschaftlicher Erziehung, den Erfolgskriterien unserer vom Gelderwerb geprägten Gesellschaft entsprechend (S. 157f). Also doch eine Änderung des Menschen über eine geänderte Erziehung? Das hindert ihn wiederum nicht daran, in der Anhäufung von Reichtum die Kraft des Lebens gegenüber der allseits das Leben bedrohenden Entropie zu erblicken (S. 138f).

Die Subjektivität der Auffassung und Darstellung des Themas, die aufscheinenden Widersprüche und der Verzicht auf systematische und erschöpfende Analyse des Stoffes, der, immer auf psychoanalytischem Hintergrund betrachtet, keine streng wissenschaftlich-sachlichen Abhandlung erfährt, machen den Reiz des Buches aus. Sich der Rolle des Geldes und der von ihm ausgehenden Bedrohung ernsthaft zu widmen, war für den Autor kein Grund, dem verführerischen Zauber des Geldes nicht gelegentlich einmal wieder zu erliegen und dem Verlangen nach Reichtum und Besitz und seinem Genuß nachzugehen. „*Gegen Krankheit und Tod gibt es, wie man sagt, kein besseres Mittel als die Lust*“ (S. 161).

Ekkehard Lindner

DIE AUTOREN DER BEITRÄGE

Norman Ehrentreich

Bruckdorfer Str. 9, 06112 Halle

Dr. *Hugo Godschalk*

Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

Dipl.-Ing. *Carl Ibs*

Alte Salzdahlumer Str. 203, 38124 Braunschweig

Franz X. Laxy

Schwarzbrunnweg 11, 87600 Kaufbeuren

Ekkehard Lindner

Behrensener Str. 18, 37186 Moringen

Dr. *Dirk Lohr*

Schliffkopfstr. 20, 61863 Mannheim

BERICHTE

Wirtschaftssymposium der HIFA-Hungária vom 24. bis 27. April 1997 in Gödöllö-Mariabesnyö bei Budapest

Aus der von *Adolf Paster* in Wien geleiteten Entwicklungsorganisation HIFA-Austria (Hilfe für alle), die Entwicklungsprojekte in Nigeria und Tanzania durchführt und die ihre Tätigkeit auch auf Ungarn ausgedehnt hat, ist in den letzten Jahren auch ein österreichischer Zweig der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) hervorgegangen. Die HIFA-Austria, die HIFA-Hungária und die INWO-Österreich sind derzeit bestrebt, auch noch eine INWO-Hungária aufzubauen. Zu diesem Zweck luden sie zu einem Symposium in die Bildungsstätte Mater Salvatoris in der Nähe von Budapest ein und stießen auf eine unerwartet große Resonanz. Über 180 Personen aus Ungarn und Österreich, Rumänien, aus der Slowakei und aus der Ukraine kamen zusammen, um in ungarischer und deutscher Sprache simultan übersetzte Vorträge zu hören und zu diskutieren. *István Varga* begann mit einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage Ungarns. *Jozsef Kindler* sprach über „*Markt und Wettbewerb in Ungarn*“. *Helmut Creutz* erläuterte die Bedeutung des Geldes und der Währung in einer Wettbewerbsordnung, bevor *Adolf Paster* zur Frage überleitete, welche Rolle der Boden in einer Marktwirtschaft spielt. Dr. *Tamás Károly* referierte über die „*Bodenfrage in Ungarn*“ und schließlich erörterte *Cyörgy Lajos* die „*Möglichkeiten eines Dritten Weges*“ in ehemals kommunistisch regierten Ländern. Für den Weg in eine gerechte Zukunft gibt es – so der Tenor der gesamten Tagung – kein Patentrezept. Aber es gibt Denksätze und Perspektiven, die im Dialog von Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Reformländern und aus Westeuropa weiterentwickelt werden könnten. Dadurch könnten sich an der Schwelle des 21. Jahrhunderts neue ökonomische und ökologische Möglichkeiten eröffnen.

Während der Tagung machte das ungarische Fernsehen Aufnahmen und Interviews, u. a. mit *Helmut Creutz*, von dessen Buch „*Das Geldsyndrom*“ gerade eine ungarische Übersetzung erschienen war. Sie wurden in einer einstündigen Sendung gezeigt.

Gegen Voreinsendung von 25 DM bzw. 165 ÖS können die Tagungsbeiträge in deutscher und ungarischer Sprache beim Sekretariat der INWO-Österreich erbeten werden (Tel./Fax: 0043-1-3300425).

Noch in diesem Jahr will die HIFA-Hungária eine INWO-Hungária gründen. Für die Veranstalter war dieses Symposium eine gelungene Generalprobe zum nächsten größeren internationalen Kongreß, den die INWO-Österreich im Sommer 1999 in Wien ausrichten wird.

Red.

Umbenennung der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit

Auf seiner letzten Sitzung am 15. Februar 1997 hat der Vorstand der „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit“ einstimmig beschlossen, den Namen der 1973 gegründeten Stiftung so zu ändern, daß ihre im § 2 ihrer Satzung näher beschriebenen Ziele auch in ihrem Namen deutlicher zum Ausdruck kommen. Zuvor hatte die Kanzlei des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg dem Vorstand mitgeteilt, daß gegen eine Umbenennung der Stiftung keine aufsichtsrechtlichen Bedenken bestünden. Mit Schreiben vom 28. Mai 1997 hat die Hamburger Senatskanzlei der Stiftung genehmigt, fortan den Namen „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ zu führen.

Außerdem faßte der Stiftungsvorstand den Beschluß, im nächsten Jahr wieder einen Karl-Walker-Studienwettbewerb auszurichten.

Zukunft des Fachverlags für Sozialökonomie geklärt

Wegen der Auflösung der Gauke Verlag GmbH zum Jahresende 1997 wurde in den vergangenen Monaten viel und umfangreich über die Zukunft des Fachverlags für Sozialökonomie diskutiert. Über einen Verkauf oder eine Umwandlung in einen Verein konnte keine Einigung erzielt werden. Inzwischen konnte aber geklärt werden: Unabhängig von der Liquidation des Gauke Verlags wird der Fachverlag für Sozialökonomie zunächst unverändert fortgeführt. Die seit Jahren vertraute Adresse, Telefon- und Faxnummer sowie der bewährt zuverlässige Service bleiben uns also erhalten. Ansprechpartner sind weiterhin Gabriele und Christoph Gauke.

Wer Interesse an Restbeständen des belletristischen Programms des Gauke Verlages hat, möge sich nähere Informationen vom Verlag erbitten. Zu günstigen Preisen sind u.a. noch lieferbar: Gauke's Jahrbuch Umwelt / LeseZeichen-Anthologie 5: Gegen-(warts)-literatur / W. Chr. Schmitt: Die Auflagen-Millionäre – 44 Portraits / Paul Wagemann: Rauslassen, Rad ab, Ver-Einigung & andere Satiren.

Preiserhöhung ab 1998

Angesichts gestiegener Kosten bei der Herstellung und dem Vertrieb der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ haben die Vorstände der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ und der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ beschlossen, die Bezugspreise ab 1998 zu erhöhen. Das reguläre Jahresabonnement wird dann 34 DM incl. Mehrwertsteuer und Porto kosten. Schüler, Studierende, Auszubildende und Arbeitslose erhalten das Jahresabonnement für 24 DM incl. Mehrwertsteuer und Porto. Der Preis der Einzelhefte wird nicht geändert, versteht sich jedoch zzgl. 4 DM Versandkostenpauschale. Wir bitten hierfür um Verständnis.

Die Herausgeber

VERANSTALTUNGEN

70 Jahre Freiwirtschaftlicher Jugendverband (FVJD) – Tagung in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal-Nevesig am 12.-14.9.1997

Vorträge von Dr. Dirk Löhr „Pandorabüchse Währungsunion“ / Dr. Horst Boettcher „Schneeballsystem Staatsverschuldung“ / Peter Kafka „Zeit zum Aufstehen – Gegen die Freiheit des Geldes“. Fahrt mit der Schwebbahn zum Friedrich-Engels-Haus in Wuppertal-Barmen. Interview mit Helmut und Barbara Creutz über Erlebnisse, Begegnungen und Erfahrungen aus langjähriger Vortragstätigkeit. Folklore aus aller Welt von Martin Ley und seiner Gruppe Fiedelbär. Auskunft und Anmeldung: Gabriele Frenking, Dillenberger Weg 91, 42553 Velbert, Tel.: 02053-2171.

Der Sozialstaat in der Krise – 22. Mündener Gespräche in den Werratal-Hotels in Hann.-Münden, Ortsteil Laubach, am 1. und 2. 11. 1997

Vorträge von Helmut Creutz, Dr. Gerhardus Lang (angefragt), Hans Stein vom Unternehmerinstitut e.V. in Bonn und Sebastian Wertmüller vom DGB-Kreis Göttingen. Auskunft und Anmeldung: Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18, 37186 Moringen, Tel.: 05503-3205.

Zum 100. Todestag des Bodenreformers Henry George (1839-1897)

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Zusammenarbeit mit der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung am 21.-23. November 1997 in Boll bei Göppingen. Auskunft und Anmeldung im Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll, Tel.: 07164-3573.